

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 66 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Dienstag, 20. März 1934

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Illegale

berichten

über die Stimmung

im Reiche: Seite 4

Mussolinis und Churchills Alarmreden

Militärmacht über alles! Gestern und heute

Am Sonntag hat Mussolini vor 5000 Faschisten in der Großen Oper zu Rom gesprochen. Er versprach Österreich, daß es auf Italien zählen könne, forderte Gerechtigkeit für das durch die Friedensverträge benachteiligte Ungarn, anerkannte eine Besserung der Beziehungen zu Frankreich, obwohl nicht ein einziges der französisch-italienischen Probleme gelöst sei, proklamierte Italiens historische Expansionsziele in Asien und in Afrika und verlangte dann eine illusionslose Politik zur „Abrüstung“.

Das Prinzip der Völkerbündnisreform sei fast allgemein angenommen. Aber diese Reform könne erst durchgeführt werden nach Abschluß der Abrüstungskonferenz. Wenn diese Konferenz scheitert, sei auch der Völkerbund erledigt. Die Konferenz sei übrigens schon gescheitert, zum mindesten in ihren großen Zielen. Die gerüsteten Staaten würden nicht abrüsten, die abgerüsteten Staaten würden ihrerseits mehr oder weniger Verteidigungswaffen erhalten. Wenn die anderen nicht abrüsten, verlegen sie den Teil V des Versailler Vertrages, und sie würden sich der Anwendung der Gleichberechtigung, die Deutschland im Dezember 1922 zuerkannt wurde, nicht widersetzen können. Man solle sich nicht anmaßen, eine Illusion zu verewigen, die vielleicht von den Tatsachen längst überholt ist. Es müßte schon sein, daß man die Aufrüstung Deutschlands mit Gewalt durch einen Krieg verhindern wolle. Dieser Gedanke könne nicht in Betracht gezogen werden. Man müsse Deutschland die definitive Aufrüstung gewähren, und ebenso die Effektivbestände, die es verlangt. Das italienische Memorandum sei die einzige Lösung. Italien habe seit zwei Jahren sein Seeresubmarinewesen vermindert, aber es werde auf diesem Wege nicht weitergehen wegen der Stockung der Abrüstungsverhandlungen. Der kategorische Imperativ für Italien sei: Stark sein, militärisch stark sein, nicht um jemand anzugreifen, sondern um jeder Situation gewachsen zu sein. Das ganze Leben der Nation müsse in der Militärmacht des Landes konzentriert werden.

Das „Journal“ schreibt: Die Rede des Duce ist der Sammelruf an alle Kräfte, die ihren Platz an der Sonne fordern, und auch an alle Unzufriedene, die unter dem Vorwand der Wiedergutmachung von Unrecht den Umsturz wollen.

Im „Echo de Paris“ nennt Pertinax die Rede ausgesprochen revisionistisch. Die Kleine Entente werde durch die Erklärungen über die berechtigten Ansprüche Ungarns zurückgestoßen. Mussolini könne nicht das Scheitern des Viermächtepaktes verzeihen. Er lehne nunmehr zu seinen Hegemonieplänen in Mitteleuropa zurück, die er gemeinsam mit dem ungarischen Irredentismus verfolge. Auf die Dauer aber könne dieses Ziel nur dem Vangermanismus das Weite bereiten. Die Ansprüche Italiens auf Asien und Afrika könnten nicht als freundschaftlich gelten. Jedenfalls habe Mussolini den Kopf verloren. Seit einem Jahre gingen seine sämtlichen diplomatischen Initiativen schief. Daher fühle er das Bedürfnis, seine Hörer noch bis zum Weichhaken zu bringen.

Die „Ere Nouvelle“ erklärt, daß Mussolini geschickt operiert habe. Er habe Österreich und Ungarn in sein Fahrwasser gebracht und Deutschland, um nicht seine Unterstützung zu verlieren, die Aufrüstung verprochen. Für besonders schlimm hält das Blatt die Erklärung des Duce über Italiens Expansionsbedürfnis in Asien und Afrika. Mussolini wolle allem Anschein nach die Nachfolge des alten römischen Reiches antreten. Unter diesen Umständen bleibe Frankreich nichts anderes übrig, als sich an den unantastbaren Grundsatz der Sicherheit zu klammern und zu betonen, daß keine Abrüstung ohne entsprechende Sicherheitsgarantien in Frage komme. Auch müsse man die Dinfälligkeit des Viererpaktes proklamieren, den der Duce selbst bedingt habe durch den Abschluß eines politischen Abkommens mit Ungarn und Österreich, ohne vorherige Freigang der Unterzeichner des Viermächtepaktes. Dieser Pakt sei überdies bereits binäufig geworden, seitdem Deutschland Genf verlassen habe, denn er sollte doch im Rahmen des Völkerbundes Geltung haben. Damals handelte es sich um einen Pakt, durch den drei gegen Frankreich standen. Mit dem italienisch-österreichisch-ungarischen Abkommen würde Frankreich allein gegen fünf stehen.

„L'Ordre“ will in den Ausführungen Mussolinis die Gedankenengänge wiedererkennen, die der belgische Ministerpräsident de Broqueville im Senat verkündet habe, und glaubt daraus folgern zu können, daß Mussolini der Inspirator de Broquevilles gewesen sei. Das Blatt bedauert lebhaft, daß Mussolini nach seiner Einstellung gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland für Deutschlands militärische Stärkung eintrete. Wenn er Deutschland weiter militärisch stärken lasse und nicht sehen wolle, daß Frankreich und Italien gegenüber der deutschen Gefahr Hand in Hand marschieren müßten, dann würde Frankreich dabei zu Schaden kommen, aber nicht nur Frankreich, sondern auch Italien.

Die sozialistischen Blätter „Populaire“ und „Peuple“ halten nach dieser Rede jedes Kompromiß zwischen der Arbeiterklasse und einer derartigen Politik für unmöglich. Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ wirft der französischen Diplomatie vor, das falschliche Italien gewissermaßen als Beauftragten Europas im Donauraum angelesen zu haben.

„Bis zum Weißglühen“

Paris, 19. März. Die Sonntagrede Mussolinis hat in Paris wie eine Bombe eingeschlagen. Die Blätter bezeichnen die von Mussolini entwickelten Gedankenansätze als höchst gefährlich.

Der offizielle „Petit Parisien“ will einen Widerspruch zwischen der Rede und dem Eindruck der römischen Verhandlungen feststellen, in denen man eine „Anstrengung zur Schaffung einer Atmosphäre des Ausgleichs und der Zusammenarbeit in Mitteleuropa erblicken wollte“. Die Rede des Duce störe die Atmosphäre.

„Zum Scheitern verurteilt“

Im Laufe der Rüstungsdebatten im englischen Unterhaus hat der frühere Schatzkanzler Churchill eine Rede gehalten, die im Gegensatz zu den von der Regierung MacDonald öffentlich genährten Illusionen recht deutlich die wahre europäische Lage zeigt. Churchill sagte u. a.:

Die Aufgabe, die der Geheimfischbewahrer Eden auf seiner diplomatischen Rundreise durch Europa lösen sollte, war zum Voraus zum Scheitern verurteilt, weil er versuchen sollte, die Franzosen zu einer Herabsetzung ihrer Armee zu überreden, für die sie am allerwenigsten in diesem Augenblick zu haben sein dürften. Eden sollte u. a. Frankreich eine Herabsetzung seiner Luftflotte auf 500 Flugzeuge nahelegen, die gegenwärtig etwa drei- oder viermal größer sei und gewaltige Opfer gekostet habe.

Es sei eine reine Illusion, wenn man sich die Hoffnung auf ihre Zustimmung zu derartigen Plänen mache. In Frankreich sei man längst über die Schwäche der englischen Rüstungen in der Luft schwer beunruhigt.

Seit vier Jahren habe man das englische Volk in den falschen Glauben zu wiegen versucht, daß die Abrüstung gleichbedeutend sei mit dem Frieden. Tatsächlich habe aber die Abrüstungskonferenz die Welt immer näher nicht an einen Krieg — er wolle dieses verabscheute Wort nicht ge-

brauchen —, wohl aber an einen über jede Vorstellung hinausgehenden Zustand gegenseitigen Mißtrauens und Uebelwillens geführt. Schon vor vier Jahren habe er, Churchill, darauf hingewiesen, daß es eine sehr gefährliche Diplomatie sei, wenn man immer wieder den Staaten, die von solchen Veranlassungen offensichtlich nichts wissen wollen, Abrüstungskonferenzen aufdränge. Das habe vor allem zu einem Wettbewerf zwischen den Mächten geführt, von denen jede einzelne ihre Nachbarn abrüsten möchte; eine weitere Gefahr bestehe darin, daß jede Regierung verucht sei, die Verantwortung für die unaufhörlichen Fehlschläge der endlosen Konferenzen auf andere Regierungen abzuwälzen.

Was man tatsächlich erreicht habe, sei nicht die Abrüstung, sondern die Wiederaufrüstung Deutschlands — ein fürchterlicher Wechsellag noch so schweren Wehen.

Noch vor kurzem habe man die Minister mündlich und schriftlich erklären hören, daß eine Wiederaufrüstung undenkbar sei. Jetzt hoffe man höchstens noch, diese Undenkbarkeit einigermaßen zu regulieren. Während man heute an eine regulierte Undenkbarkeit denke, werde man sich bald mit unregulierten Undenkbarkeiten vertraut machen müssen.

Churchill warf die Frage auf, ob ein Erfolg der Rüstung

Fortsetzung siehe 2. Seite

Shakespeares „Coriolanus“ ist heute, nicht nur auf deutschen Bühnen, sehr beliebt. Ein Heldenlied vom kriegerischen Diktator und Massenverächter wird gesungen. Es gibt herrliche Sätze darin gegen kahlköpfige Volkstribunen, die die vaterländischen Goldkörner palavernd verschachern; selbst der gute Demokrat hört dann schmunzelnd zu, wenn er einige Selbstironie besitzt. Aber man entdeckt in diesem Versdrama auf einmal ganz tiefe Weisheiten, die dem „dritten Reich“ auf den Leib geschrieben sind. Coriolanus spricht von dem Staate, „dem es an Macht fehlt, Gutes, das er möchte, zu tun, weil ihn das Böse stets verhindert“.

Dieses Böse, Patin an seiner politischen Wiege, heuchelt unaufhörlich hinter dem Nationalsozialismus her. Skorpione aus eigener Zucht! Hitlers engster Kreis kann beginnen, was er will: da gibt es Reden und Schriften von damals, als man begann, schmutzig und gemein, Rüssel im Schlamm menschlicher Fäkalien. Ach, sie möchten heute so vieles gerne verbrennen! Denn heute ist man mit dem Ethos einer Weltanschauung vermählt, erhaben auf der Höhe, wo die Strahlengestirne der Epoche vergehen werden.

Wir haben ein Heft vor uns: „Totengräber Rußlands“. Es erschien im Herbst 1921 im deutschen Volksverlag München in einer Massenaufgabe von Hunderttausenden. Eine Sammlung von Zeichnungen, Fragen sehen uns an, Köpfe russischer Staatsmänner und Publizisten, grauhaft und verlogen ins Semitische verzerrt, Lenin, Trozki, Radek, Sinowjew und viele andere, gänzlich Unbekannte. Affenphotografien aus dem Urwald sind eine klassizistische Gemäldegalerie gegen diese Leistungen des Zeichners Otto von Kurland. Das Vorwort gab Alfred Rosenberg aus Reval dazu. Wahrhaftig, der braune Kulturgeneral! Die Wiedergabe seines Scheiters schon im Versuch. Ein Hysteriker des alten Hasses grübt im Humus der russischen Geschichte nach Juden und stellt Serien von Isaaks vor die Leser. So fing Alfred Rosenberg an.

Jede der Kopfzeichnungen ist von einem Vers begleitet. Der Dichter ist der braune Olympier Dietrich Eckart. Die Befehlsgewalt seines Münchener Kameraden Adolf Hitler hat ihm nach seinem Tode die Schleusen der deutschen Bühne geöffnet. Breit quillt seine Pathetik, hart klopfen seine Stelzreime über die Bretter. Die Verse in diesem Heft aber zeigen stürmischer als alles andere, welch edler Geist dem deutschen Volke allzufrüh zerstört wurde. Kleine Proben, noch nicht die schlimmsten:

Wolodarsky-Cohen

Oft anzutreffen, diese Judenlarve:
als wie ein Musiker, durchaus Choral;
verklärten Blickes schlägt er seine Harfe
und hat darin versteckt den Schlichterstahl

Emma Goldmann

Fast hundertjährig, trug die Sarah aus
dem Abraham noch einen Stammeshalter,
die Nachgeburt, den Bolschewikengraus,
Frau Goldmann, wie es scheint, im gleichen Alter.

Man spie damals nicht aus. Man ließ diese Dietriche und Eckarte und Rosenberge ungehindert gewähren. Dieser Post stieg mit dem Anbeginn des „dritten Reiches“ vom Redaktionspult des „Völkischen Beobachters“ zur Heldentafel in Walhall empor. Seine Gedichte stehen heute in allen deutschen Lesebüchern. Er ist der Erfinder des „Deutschland erwache“ und „Juda verrecke“. Es gibt eine Dietrich-Eckart-Spende zum Sporn für junge Dichter. An der bayerisch-böhmischen Grenze errichtet man auf einem Berge ein Dietrich-Eckart-Nationaldenkmal. Deutsche Jünglinge und Mädchen rüsten zu Wallfahrten. Sprüche zum Höhenfeuer werden im Chorus dem Dichter geweiht, Lyriker mit gebändeter Laute am Schulterriemen, pochende Herzen hinter der Kletterweste. Eine Generation junger deutscher Menschen wird Dietrich Eckart verehren, denn man hat ihr zwangsweise den Maßstab genommen für menschliche Haltung, für Güte und Geist, verloren und versunken in Befehl, Organisation und Nebel.

Dies ist ohne Hohn geschrieben. Nur in entsehrlicher und endloser Trauer. Kein Deutscher kann den Gedanken ertragen, daß solche Führer, solche Helden, solche Dichter, solch hirnlos-gewalttätiges Getöse heute in der ganzen Welt nur in Deutschland möglich sind. Wer könnte aufhören, die mißbrauchte deutsche Jugend zu lieben?

Aber zu dieser Liebe tritt der Selbstvorwurf. Denn jeder von uns ist mitschuldig an dem, was nachher kam. Weil er ein derartiges Schrifttum vor dreizehn Jahren nur belächelte und bespöttelte. Jeder von uns hätte mit seinesgleichen helfen müssen, einen Pestkordon zu ziehen, um das deutsche Menschentum vor solcher Krankheit und solcher Schande zu beschützen.

Howald

Ebens wünschenswert gewesen wäre. Wenn Frankreich dem Drängen der britischen und der amerikanischen Regierung nachgegeben hätte, so stünde es heute viel schwächer da.

Die „Juchbare Gefahr“ der britischen Politik sei die, daß man den Franzosen immer und immer wieder zumute, sich auf diese Weise selber zu schwächen. Man habe ihnen dabei immer wieder vorgespiegelt, daß man ihnen zu Hilfe kommen würde, wenn sie infolge einer derartigen Politik in ernste Schwierigkeiten kommen sollten, man sei aber gar nicht imstande, ihnen eine solche Hilfe zu leisten.

Eine gefährlichere Politik als diese könne man sich gar nicht vorstellen. Das Gerücht von Abrüstung sei selbstverständlich nicht der einzige Grund für die heutige kritische Lage in Europa. Aber man sei jetzt auf einem Punkt angelangt, wo man endlich aufhören müsse, den Staaten, die sich schwer bedrückt fühlen, eine unerwünschte Abrüstung zu predigen, wo man besser daran täte, an die eigene Sicherheit zu denken. Das sei im Interesse des Friedens die bessere Politik, und eventuell, wenn der Friede gefährdet würde, auch die bessere für die Sicherheit Englands.

Zum Schluß erklärte Churchill, wie schon kurz berichtet wurde, daß nach seiner Meinung eine internationale Polizeieigenschaft höchstens durch die Vereinigung der Streitkräfte der Staaten, die zur Wahrung des Friedens entschlossen seien, zustande kommen könne, und zwar nur in einem besonderen Notfall. Der Völkerbund sei die Instanz, durch die solche Pläne gefördert werden könnten. Wenn Frankreich und Belgien durch die Maßnahmen ihres deutschen Nachbarn beunruhigt sind, so müssen sie ihre Sache dem Völkerbund übergeben. Nur auf diese Weise werde die Sicherheit der Welt gewährleistet und der Blut eines Krieges abgewendet werden.

Barcelona

Streikende durch Militär ersetzt

DNB Madrid, 19. März. In Barcelona sind die streikenden Elektrikalis- und Gasarbeiter durch Militär ersetzt worden. Die Elektrikaliszentralen werden außerdem von Infanterieabteilungen bewacht. Eine heftigste Syndikalistische Gruppe überfiel Sonntagabend eine vollbesetzte Straßenbahn. Sie zwang die Fahrgäste mit vorgehaltenen Pistolen zum Aussteigen und zündete den Wagen an.

Mehrere Syndikalisisten überfielen zwei Spaziergänger und raubten sie aus. Kurz darauf brachen sie in ein Geschäft ein und plünderten es. Eine Polizeistreife, die die Bande festnehmen wollte, wurde heftig beschossen. Die Beamten erwiderten das Feuer und verwundeten drei der Räuber, ohne ihrer jedoch habhaft zu werden.

Regierungsbeehl gegen Streik

DNB Madrid, 19. März. Der spanische Innenminister hat am Sonntag durch Dekret die Wiederaufnahme der Arbeit im Baugewerbe angeordnet. Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird aufgegeben, die Bedingungen des Arbeitsministers anzunehmen, die eine 44-Stunden-Woche ohne Kürzung des bisherigen Lohnes vorsehen. Wer die Arbeit zur festgesetzten Zeit nicht aufnimmt, gilt als entlassen. Unternehmer, die die Arbeitsaufnahme verhindern, haben strenge Strafen zu gewärtigen. Die sozialistische Gewerkschaft hat bereits eine Erklärung abgegeben, wonach sie das Regierungsdekret annehmen will. Die Syndikalisisten dagegen fordern ihre Mitglieder zur Aufrechterhaltung der Streiks auf. Sie haben ihre Beziehungen zu den Sozialisten gelöst, mit denen sie bis jetzt in einem gemeinsamen Bauarbeiterverband vereinigt waren.

Deutsche diplomatische Stilübungen

Aber keinerlei Entgegenkommen

DNB Berlin, 18. März. Das dem französischen Botschafter in Berlin am 13. März überreichte Memorandum der Reichsregierung zur Abrüstungsfrage enthält u. a. folgende Darlegungen:

„Die französische Regierung vermischt in dem deutschen Memorandum eine klare Stellungnahme zur Frage der Tragweite der von Deutschland angedienten Nichtangriffspakte und zu der Frage des Verhältnisses dieser Pakte zum Abnahmepakt von Locarno. Sinn und Tragweite der Nichtangriffspakte ergibt sich aus der internationalen Praxis der letzten Jahre. Ueberdies stellt die inzwischen ratifizierte deutsch-polnische Erklärung vom 26. Januar ein völlig klares Beispiel dafür dar, daß Deutschland der Verpflichtung, unter keinen Umständen zur Anwendung von Gewalt zu schreiten, bis an die denkbar äußerste Grenze zu gehen bereit ist. Was den Vertrag von Locarno angeht, so hat die deutsche Regierung nicht daran gedacht, ihn durch anderweitige Nichtangriffspakte abzuweichen. Sie hat auch die Gültigkeit dieses Vertrages niemals in Zweifel gestellt. In diesem Zusammenhang möchte die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß, wenn das Abrüstungsproblem geregelt ist, auch der Zeitpunkt gekommen sein wird, mit den anderen Mächten die Frage des künftigen Verhältnisses Deutschlands zum Völkerbund zu erörtern. (1 Die Red.)“

Die deutsche Regierung möchte nochmals hervorheben, daß ihr selbstverständlich nichts erwünschter sein kann, als daß in der Abrüstungskonvention möglichst weitgehende Abrüstungsbeschränkungen festgelegt werden. Sie hat in ihrem Memorandum vom 19. Januar in dieser Beziehung feststellen zu müssen geglaubt, daß die hoch gerüsteten Staaten in ihren bis jetzt vorliegenden Erklärungen keine Abrüstungsmassnahmen angenommen haben, die einschneidend genug wären, um den Ausgangspunkt der deutschen Vorschläge zu ändern.

Die deutsche Regierung hat für die Einführung der internationalen Kontrolle keine andere als die selbstverständliche Bedingung gestellt, daß sich diese Kontrolle für alle Länder völlig paritätisch auswirkt.

Mussolini - Gömbös - Dollfuß

Die drei römischen Protokolle werden veröffentlicht

DNB Rom, 18. März. Die am Samstagabend in Rom unterzeichneten Protokolle sind heute veröffentlicht.

Im Protokoll Nr. 1 geben die drei Mächte ihrem Willen Ausdruck, sich über alle Probleme, die sie besonders interessieren, und auch über die Fragen allgemeiner Ordnung zu beschreiben, um im Geiste der bestehenden zweiseitigen Freundschaftsverträge eine gemeinsame Politik zu führen. Zu diesem Zwecke werden die drei Regierungen jedesmal zu gemeinsamen Beratungen (Konkultationen) schreiten, wenn wenigstens einer von ihnen das für nötig hält.

Frankreichs großes Nein

Ablehnung der englischen Vorschläge Keine deutsch-französische Verständigung

Paris, 19. März. Ein Vergleich zwischen dem Wortlaut der deutschen Note an Frankreich und der französischen Note an England, soweit sie aus Presseberichten inhaltlich bekannt ist, zeigt, daß noch monatelangem Hin und Her die Gegensätze um nichts geringer geworden sind. Schon die Frage des Völkerbundes ist genau so ungeklärt wie am 14. Oktober 1933, dem Tage von Deutschlands Austritt.

Deutschland verlangt erst den Abschluß einer Abrüstungskonvention und will dann seine Stellung zum Völkerbund einer Revision unterziehen, wobei es noch programmatische Forderungen auf Reform des Völkerbundes im Hintergrunde hält.

Frankreich plädiert für den sofortigen Wiedereintritt Deutschlands in den Völkerbund, der das geeignete Instrument zur Lösung der Abrüstungsfrage sei.

Den englischen Plan, der auf eine Aufrüstung Deutschlands, wenn auch nur in beschränkten Grenzen, und auf eine teilweise Abrüstung Frankreichs hinzielt, lehnt Frankreich kategorisch ab. Hier scheint die französische Note von eindeutiger Klarheit zu sein und weiteres Hinhalten nicht mehr zuzulassen.

Die französische Note verweist auf die tatsächliche Aufrüstung Deutschlands und behauptet, daß das deutsche Heer in Kürze eine Macht von 300.000 Mann habe und mit Flugzeugen und Tanks ausgerüstet sein werde. Daneben beständen noch die militarisierete Polizei mit über 300.000 Mann, Organisationen zur militärischen Vorbereitung und die militärischen Verbände SA und SS, und Stahlhelm.

Einen starken Trumpf spielt Frankreich gegen England dadurch aus, daß es darauf besteht, die verschiedenen Waffenarten, Heer, Flotte und Luftwaffe in der Abrüstungskonvention gleichzeitig und gleichmäßig zu behandeln und zwischen diesen verschiedenen Waffenarten eine innere Verbindung herzustellen. Dies Argument dürfte in England Eindruck machen, da die Engländer aus Sorge um die Sicherheit ihres eigenen Landes die Flotte und die Luftwaffe anders behandelt sehen möchten als das Landheer. Frankreich spielt also die englischen und die französischen Sicherheitsforderungen gegeneinander aus.

„Düster“

DNB London, 19. März. Der französischen Antwort auf die letzte britische Abrüstungsskizze widmet „Daily Telegraph“ einen Leitartikel, in dem es heißt: Frankreich wird wieder die entscheidende Frage der Sicherheit und der Sanktionen auf, die automatisch und für die ganze Welt gültig sein sollen. Wenn dies die endgültige Frage ist, von der das Schicksal der Abrüstungskonferenz abhängt, dann muß die Ansicht als die hier bezeichnete werden. Denn Großbritanniens Haltung in dieser Frage ist wohlbekannt. Abgesehen hiervon wird die Ansicht auch nicht durch den allgemeinen Inhalt der französischen Note gebessert, der tatsächlich gegenüber dem britischen Plan auf ein „Wir können nicht“ hinauskommt, das von einem „Wir wollen nicht“ kaum zu unterscheiden ist. Das

Blatt erklärt, es könne in der halbamtlichen Angabe des Inhaltes der Note kein Zeichen dafür entdecken, daß Frankreich mehr Bereitschaft zu einer Verständigung mit Deutschland habe als während des ganzen letzten Jahres. In der französischen wie in der deutschen Note würden die Punkte, in denen Übereinstimmung herrsche, weniger betont, als die Gegensätze. Nach zwei Jahren sei dies äußerst enttäuschend. Die deutsche Note sei zwar besonders verständlich, aber die Schlussfolgerung sei kaum zu vermeiden, daß das probeweise hergestellte Gewebe wieder aufgelöst worden sei und daß die Arbeit, wenn überhaupt, so ganz von neuem begonnen werden müsse.

Rußland im Völkerbund?

DNB London, 19. März. Anknüpfend an eine Äußerung des Pariser „Deuxième“, des Blattes Herriots, sprechen mehrere Blätter von der Möglichkeit eines baldigen Eintritts Sowjetrußlands in den Völkerbund. „Daily Herald“ schreibt, man hoffe, daß die formelle Zulassung auf der Septemberversammlung erfolgen könne. Das französische Außenministerium, das dringend die Russen im Völkerbund haben wolle, fürchte Widerstand von Seiten des britischen Außenamtes. Wahrscheinlich werde die erste offene Anregung nicht von Frankreich, sondern von Mussolini ausgehen. Die Russen würden erst ein Gesuch stellen, wenn sie sicher seien, daß es keine Opposition gebe. In der „Morning Post“ heißt es, nach Herriots Ansicht sei ein Einvernehmen mit Sowjetrußland besonders nötig wegen der Selbständigkeit, die Polen zu verdingen zeige. Er wolle, daß Rußland Mitglied des Völkerbundes werde, damit es Frankreich unterstützen würde, wenn letzteres Deutschland das Vertragsbruches beschuldige und eine internationale Untersuchung beantrage. Ob dieser Plan von den übrigen französischen Ministern gebilligt werde, sei allerdings zweifelhaft.

„Wenn nicht... alles zu Ende“

DNB London, 19. März. In der „Morning Post“ wird ebenso wie in anderen Blättern festgestellt, daß die französischen Antwortnoten an Deutschland und England auf eine beinahe vollständige Verwerfung der britischen Vorschläge hinausläufen. Das Blatt sagt, die französische und ebenso die deutsche Note machten es unzweifelhaft, daß der britische Abrüstungsplan seinen politischen Wert mehr habe und daß Frankreich und Deutschland einer Verständigung ferner seien denn je. „Daily Herald“ sagt, Großbritannien und Italien seien bereit, Deutschland ein begrenztes Maß von Aufrüstung zuzugestehen. Wenn Frankreich auch grundsätzlich einverstanden wäre, würde eine Wiederaufnahme der Besprechungen möglich werden, wenn nicht, dann sei alles zu Ende. Der liberale „New Chronicle“ schreibt, wenn Frankreich von England die Uebernahme von Verpflichtungen verlange, die über den Locarno-Vertrag hinausgingen, müsse es sich auf eine ablehnende Haltung der britischen Öffentlichkeit gefaßt machen. „Daily Mail“ wiederholt seinen Ruf nach einem englisch-französischen Bündnis und nach Schaffung einer starken britischen Luftstreitmacht.

den Durchgangsverkehr in den adriatischen Häfen zu erleichtern und so viel als möglich zu entwickeln. 4. eine dauernde Kommission von drei Sachverständigen zu bilden, die beauftragt sind, den Gang der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den drei Ländern zu beobachten und konkrete Vorschläge zu formulieren, die geeignet sind, eine größere Entwicklung dieser Beziehungen im Geiste des vorliegenden Protokolls zu gewährleisten.

Das Protokoll Nr. 3 wurde nur zwischen Italien und Oesterreich abgefaßt. Danach sollen am 8. April 1934 zwischen den beiden Regierungen Verhandlungen beginnen, um Zweck Abschlußes eines neuen Abkommens, das die augenblicklich bestehenden Handelsabkommen zwischen den beiden Ländern erweitert und den heutigen Umständen anpassen soll. Für das Abkommen, das vor dem 15. Mai abgeschlossen werden soll, wird folgendes festgesetzt: Einrichtung eines Präferenzsystems anzuwenden einer möglichst großen Zahl von Originalprodukten, die aus Oesterreich kommen und nach Italien importiert werden.

Fazit

Es wurden zwei Protokolle angekündigt und es sind drei unterschrieben und veröffentlicht worden, das dritte aber nur zwischen Italien und Oesterreich. Dieses dritte Protokoll ist zugleich das inhaltlichste. In ihm wird mindestens die Richtung der weiteren wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen den beiden Ländern einigermaßen konkret vorgezeichnet, während die beiden anderen Protokolle in der Hauptsache aus den allgemeinen Redewendungen bestehen. Allerdings steht das wirtschaftliche Protokoll zwischen den drei Mächten eine dauernde Kommission vor

mit der Aufgabe,

konkrete Vorschläge zu formulieren. Es war schon bekannt, daß der Verständigung mit Ungarn beträchtliche Schwierigkeiten im Wege stehen. Vor allem auf politischem Gebiete: Es ist Mussolini nicht gelungen, Ungarn als Schlichter der österreichischen Unabhängigkeit in den heutigen Grenzen zu gewinnen. Ungarn will seine Unterschrift unter keine Vereinbarung setzen, die für es indirekt den Verzicht auf seine Ansprüche auf das Burgenland bedeuten würde. Deshalb ist im politischen Protokoll nicht von der Garantie der österreichischen Unabhängigkeit, sondern allgemein von „der Achtung der Unabhängigkeit und der Rechte jedes Staates“ die Rede. Im wirtschaftlichen Protokoll ist der Artikel 3 von besonderem Interesse. Es handelt sich um die Verlegung des überseeischen Handels von Oesterreich und Ungarn auf den Weg über Triest und Venedig. Diese von Italien angestrebte Verlegung würde einen schweren Schlag für die deutschen Nordseehäfen bedeuten.

Das Neueste

Bei Ullmann am Main verunglückte ein Autobus mit 29 Mitgliedern eines Fußballvereins, von denen vier schwer und die übrigen leicht verletzt wurden.

Nach einer Meldung aus Graz wurde in Götting das Schotterwerk durch einen Sprengstoffanschlag vollkommen zerstört.

Saararbeiter geloben: „Für freies Deutschland - gegen Hitler“

Am Sonntag tagte im Saarbrücker Arbeiterwohlfahrts- haus eine Landeskongress der freien Gewerkschaften im Saargebiet. Aus allen Orten, aus den Gruben, den Hütten und den Betrieben waren die Vertreter der saarländischen Arbeiterschaft zusammengekommen, um auf dieser Tagung ein programmatisches Bekenntnis abzulegen. Die Entschlossenheit und Einheit, die von dieser Konferenz ausging, und die Klarheit ihrer Beschlüsse haben der Veranstaltung eine Bedeutung gegeben, die außerordentlich beachtlich ist.

Es waren eindrucksvolle Minuten, als Männer des Betriebes von schlichtem und kernigem Wesen das Wort ergriffen und mit unverhohlener Leidenschaft ein Bekenntnis zum Deutschtum ablegten, aber dieses Bekenntnis mit einer ebenso unerhörtlichen Kampfanlage an das Blutregime des deutschen Faschismus paarten.

„Für uns war die nationale Seite des Saarproblems schon lange gelöst, ehe überhaupt an eine nationalsozialistische Saarfront zu denken war.“

erklärte ein Arbeiter. Und ein anderer fügte hinzu, daß der deutsche Faschismus im Saargebiet vielleicht Wälschlappen einfangen könne, aber Männer werde man nicht gleichschalten! Diese Worte aus Arbeitermund zeugen von einem ungeheuren Stolz und von einer Freiheitsliebe, die nicht gemillt sind, sich freiwillig in Fesseln schlagen zu lassen.

Julius Schwarz

Die große politische Linie der Konferenz wurde in einem Referat des Bergarbeiterführers Julius Schwarz zum Ausdruck gebracht. „Die Saarfrage ist die Schicksalsfrage der Saararbeiterschaft“, das war das Motto, das wie ein roter Faden durch die Ausführungen dieses Redners ging. Mit tiefem stillen Ernst, getragen von größtem Verantwortungsbewußtsein, ging Schwarz an die Probleme heran, die die Entscheidung der Saarabstimmung mit sich bringt. Von einer unerhörtlichen Logik waren die Schlussfolgerungen des Redners hinsichtlich der wirtschaftlichen Gebundenheit des Saargebietes, die eine Verständigung mit dem französischen Nachbarn zu einem zwingenden Gebot macht.

Schevenels spricht

Eine besondere Note erhielt die Tagung dadurch, daß der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, M. Schevenels, in einer packenden Rede die Solidaritätserklärung der gesamten internationalen Arbeiterschaft überbrachte. Taktvoll vermied Schevenels es, irgendwie zu den Entscheidungen der Saararbeiterschaft selbst Stellung zu nehmen oder in die Verhandlungen einzugreifen. Der Gruß, den er überbrachte, war aber wohl nicht zuletzt durch eine besondere Herzlichkeit getragen, weil Schevenels und mit ihm die übrige internationale Arbeiterschaft fühlen, wie schwer der Saararbeiterschaft dieser Kampf geworden ist.

Das Ergebnis der Konferenz wurde zusammengefaßt in zwei Entschliefungen. In der ersten wird ein Appell an das Saarvolk gerichtet und der Tenor dieses Aufrufes bringt zum Ausdruck, daß die freigewerkschaftliche Saararbeiterschaft nicht gewillt ist, die Fesseln des Hitlerschen Gewaltregimes auf sich zu nehmen. Die zweite Rundgebung gipfelt in der Forderung auf Sicherung der politischen und persönlichen Freiheit im Saargebiet.

Die vom Bezirksleiter des ADGB, Fritz Dobisch geleitete Konferenz nahm die Entschliefungen einstimmig an.

Die Entschliefungen

„Sind Kämpfer — keine Knechte“

„Die Vertreter der am 18. März 1934 in Saarbrücken tagenden Konferenz aller dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund für das Saargebiet angeschlossenen Arbeiter- und Angestelltenverbände rufen die Arbeiter und Angestellten zur Mitarbeit für ihre sozialen und wirtschaftlichen Interessen auf.“

Die freien Gewerkschaften des Saargebietes sind ein Glied der internationalen Arbeiterbewegung im Kampfe zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Sie fühlen sich verbunden mit der deutschen Arbeiterschaft im Kampfe um den Lebensraum und die Arbeiterrechte, für den Frieden und die Verständigung aller Nationen.

Die freien Gewerkschaften und ihre Mitglieder sind in Sprache, Sitte und Kultur deutsch. Sie lehnen es jedoch ab, ihre Ideale, Aufgaben und Ziele durch Beitritt zur Deutschen Front oder Deutschen Gewerkschaftsfront zu verleugnen.

Sie erheben schärfsten Protest gegen die menschenunwürdigen Zustände, die der Nationalsozialismus über Deutschland gebracht und fordern: Freilassung aller aus politischen Gründen in Gefängnissen und Konzentrationslagern ihrer Freiheit beraubten Volksgenossen, Freigabe der geraubten Gewerkschaftsvermögen und Wiederinfraktionierung der sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Gesetze.

Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft wird sich solange einer Rückgliederung mit allen Mitteln widersetzen, solange in Deutschland an Stelle von Freiheit und Gerechtigkeit Brutalität, Terror und Willkür herrschen.

Die freien Gewerkschaften des Saargebietes kämpfen als Deutsche auf dem Boden des Saargebietes für die wirtschaftliche und soziale Zukunft gegen die faschistische Entrechtung, für die Freiheit und Menschenrechte der Arbeiter und Angestellten und damit der ganzen Saarbewölkerung. Ihre Entscheidung für die Zukunft ist getragen von der Verantwortung den arbeitenden Menschen gegenüber.

Arbeiter und Angestellte des Saargebietes! Stärkt die deutsche freigewerkschaftliche Freiheitsfront! Seid Kämpfer und keine Anechte! Kämpft für eine deutsche Volksgemeinschaft, in der Freiheit und Menschenrechte höchstes Gut der Nation sind.“

Forderungen

„Die am 18. März in Saarbrücken versammelten Vertreter der freien Gewerkschaften aller Berufe erheben gegen die Maßnahmen des deutschen und französischen Unternehmertums, die wirtschaftliche Krise durch Festerbüchsen, Entlassungen und Lohnreduzierungen auf die Arbeiter abzuwälzen, den schärfsten Protest.“

Die freien Gewerkschaften verlangen von der Regierungskommission die Aufnahme einer Anleihe zur Ergreifung aller Maßnahmen, welche geeignet sind, die Not breiter Volksschichten zu lindern und insbesondere den 40 000 Arbeitslosen lohnende Beschäftigung zu geben.

Die freien Gewerkschaften lenken die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Kapitalflucht aller Art, welche eine Gefahr für die gesamte Saarwirtschaft bedeuten. Die Regierung wird ersucht, vom Völkerverbundrat die Sicherung aller Kapitalinvestitionen im Saargebiet für die Zukunft zu gewährleisten.

Die freien Gewerkschaften fordern erneut von der Regierung den Schluß des freien Koalitionsrechtes für die Arbeiter und Angestellten des Saargebietes. Der Gewissensterror der industriellen Großunternehmer, der Arbeitgeber des Handwerks, Handels und Gewerbe gegen die Zugehörigkeit zu den freien Gewerkschaften ist mit den vertraglich verbürgten politischen Grundrechten des Saargebietes nicht zu vereinbaren. Von der Regierungskommission wird erwartet und verlangt, daß sie unter allen Umständen die Freiheit aller Saarbewohner gegen jeden Terror schützt. Alle bisher ergriffenen Maßnahmen können als wirkliche Mittel zur Erhaltung dieser der Regierungskommission vom Völkerverbund gestellten Aufgaben nicht angesehen werden.“

Einfuhr, die wirtschaftliche Selbstabsperrung bewirkte die Zusammenziehung der Ausfuhr. Die Verminderung der Ausfuhr hatte den verminderten Devisenzugang aus dem Außenhandel zur Folge. Die Verschlechterung der Devisenlage bewirkte Zahlungsschwierigkeiten den ausländischen Gläubigern gegenüber. Man hat versucht, die Schwierigkeiten durch die teilweise Einstellung der Schuldentilgungen zu beheben, was aber die erneute Schädigung des Kredits und Erschwerung der Ausfuhr bedeutete. Dann drohte man die Einfuhr weiter mit dem Ergebnis, daß sich die Bewegung im gleichen Kreise wiederholte. Die Katastrophe des deutschen Außenhandels, die ihren Ausdruck jetzt in (an dem vorhandenen Vorrat gemessen) enormen Goldabgaben der Reichsbank findet, ist die Folge der verfehlten Wirtschaftspolitik, aber auch der allgemeinen politischen Entwicklung in Deutschland. Im Rahmen dieser Politik gibt es keinen Ausweg! Deutschland steht vor der neuen Einfuhrdrohung. Die deutsche Industrie verliert die Möglichkeit, alle notwendigen Rohstoffe zu beziehen. Die Folge muß eine ganz gewaltige Zusammenziehung der industriellen Beschäftigung und also eine weitere Verarmung des deutschen Volkes sein.

14,84 Milliarden Auslandschuld

In einer Uebersicht der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ wird Deutschlands Gesamtverschuldung an das Ausland am 30. September 1933 mit 14,84 Milliarden RM angegeben, davon kurzfristig 7405, langfristig 7436 Mill. RM. Bis zum Ende des Jahres ist die Verschuldung auf etwa 12,8 Milliarden RM (6 Milliarden RM kurz-, 6,8 Milliarden RM langfristig) weiter zurückgegangen. Dieser Rückgang ist bei den weiteren Angaben über die Schuldengliederung zu berücksichtigen, wenn man sich ein ungefähres Bild vom heutigen Schuldenstand machen will.

Die Statistik gibt nach dem Stand am 30. September 1933 folgende Gliederung der Auslandsschulden nach Währungen (in Mill. der betreffenden Währung bzw. in Mill. RM.):

	in Millionen der betr. Währung	insgesamt in Mill. RM.	
	kurzfristig	langfristig	
Reichsmark	2027	974	3001
Dollar	649	1229	5147
Schweizerfranken	1354	1078	1976
Gulden	628	474	1864
Pfund	69	63	1718
Franz. Franken	1573	2489	667
Nordische Kronen	99	131	152
Tschechenkronen	711	194	113
Belgas	62	34	56
Ital. Lire	67	187	56
Sonstige Währungen	—	—	91

Am 21. März

Nacharbeit oder Lohnverlust für das erzwungene Anhören des Hitlerschen Selbstlobs

Wie amtlich mitgeteilt wird, regelt sich die Frage der Bezahlung der Arbeitsstunden, die wegen Teilnahme an den feierlichen Veranstaltungen am 21. März, insbesondere an der Rundfunkübertragung der Rede des Führers, ausfallen, ebenso wie feierzeitlich bei der Übertragung der Rede des Führers auf den Siemenswerken vor den Wahlen des 12. November 1933. Eine Bezahlung der ausfallenden Arbeitszeit erfolgt also nicht. Es ist jedoch allen Arbeitnehmern Gelegenheit zu geben, die aus-gefallenen Arbeitsstunden nachzuholen.

Zwangsarbeiter rebellieren!

Verschickte Wohlfahrtserwerbslose

Hamburg, 19. März. Der „Norddeutsche Nachrichtendienst“ berichtet, daß bei dem Transport von 50 Wohlfahrtserwerbslosen von Hemelingen bei Bremen nach dem Kreis Verden der größere Teil der Arbeiter die Weiterfahrt verweigert habe und nach Hemelingen zurückgekehrt sei, als die Arbeiter infolge einer Panne des Lastautos aussteigen mußten. Es liegt Sabotage der Arbeit vor, denn schon vorher hätten einige dieser Arbeiter, die früher der SPD angehörten oder ihr nahestanden, Arbeit und Entlohnung absällig beurteilt. Nach genauer Untersuchung der Angelegenheit seien drei Mädel Führer in Schutzhaft genommen worden.

Göring läßt köpfen

Die tägliche Hinrichtung

Heute morgen ist in Aden der Mörder der Hausangestellten Margarete Krusch, Vinzenz Barzellona, der von dem Schwurgericht in Aden am 28. Juni 1933 zum Tode verurteilt worden war, hingerichtet worden. Der Preussische Ministerpräsident hat von dem Begründungsrecht keinen Gebrauch gemacht, weil Barzellona, der in Italien, Frankreich und Belgien vorbestraft ist, nach seinem ganzen Vorleben eines Gnadenmerkes nicht würdig erscheint, insbesondere, da er den Mord lediglich aus Geldgier verübt hat.

„Das bringt die Zeitung nicht“

Vor dem Sondergericht

Inprek. Das Breslauer Sondergericht verurteilte den Schuldirektor B. aus Breslau-Goldschmieden zu 200 Mark Geldstrafe, weil er am 2. November 1933 öffentlich erklärt hatte: „Wissen Sie schon, daß die SM. Umzüge macht und ruft: „Gibt uns Brot, sonst werden wir rot!“? Das ist in Halle und Leipzig geschehen. Sehen Sie, so etwas bringt die Zeitung nicht.“

Inprek. Das Sondergericht Stettin verhängte über den Kaufmann B. Schmidt aus Stettin, der in einer Unterhaltung gesagt hatte, daß große Summen, die für das Winterhilfswerk gestiftet wurden, unterschlagen worden seien, eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten.

Schrumpfung der Rohstoffbasis

Katastrophale Wirkungen des Goldverlustes der Reichsbank

47,18 Millionen Goldverlust

Notendeckung 8,2 v. H.

Der Reichsbankausweis vom 15. März weist mit 47,18 Millionen Mark den stärksten Goldabgang aus, der während der Devisenzwangswirtschaft verzeichnet wurde, wenn man von der großen vorjährigen Rückzahlung der ausländischen Valutakredite absieht. Ihm steht eine geringfügige Zunahme des Devisenbestands um 2,38 Millionen RM gegenüber. Der Goldabgang beruht zum kleinen Teil auf der Beistellung von Younganleihebesitzen in Höhe von rund 5 Millionen RM. Auch die Konversionskasse hat für Transferzahlungen einige Millionen beansprucht. Alles übrige wurde für Devisenanschaffungen aus den laufenden Erfordernissen (Einfuhr usw.) benötigt. Die Notendeckung ist dadurch auf 8,2 Prozent gegen 9,4 Prozent in der Vorwoche zurückgegangen.

Der gesamte Zahlungsmittelumlauf liegt im Zusammenhang mit der stärkeren Inanspruchnahme etwas über dem Vorjahr mit 5281 Millionen RM. gegen 5268 Millionen am 15. März 1933 und 5210 Millionen im Vormonat.

Der Abfluß des Goldes von der Reichsbank hat sich in der zweiten Märzwoche fortgesetzt. Die Reichsbank mußte insgesamt über 47 Millionen Gold verkaufen, womit ihre Bestände sich auf 266 Millionen Mark verringert haben. Demgegenüber zeigen die Deckungsdevisen nur eine kleine Vermehrung um etwa 2 Millionen, so daß die gesamte Gold- und Devisendeckung nur noch 274 Millionen Mark beträgt. Das bedeutet, daß die Deckung auf den gleichen Tiefpunkt

angefangt ist, auf dem sie Ende Juni, das heißt, unmittelbar vor der Erklärung des Moratoriums für die ausländischen Schulden stand. Hiermit haben sich alle Bemühungen, den Goldvorrat zu erhöhen, als vergeblich erwiesen. Da die Reichsbank unmittelbar nach dem 1. Juli noch rund 100 Millionen Devisen auf Grund des „Vollverratsgesetzes“ erhalten hat, so ergibt sich nach 8 1/2 Monaten ein beträchtlicher reiner Fehlbetrag in der deutschen Zahlungsbilanz. Mit anderen Worten: Die deutsche Wirtschaft ist nicht mehr imstande, die ausländischen Rohstoffe im vollen Umlauf zu bezahlen.

Dieser katastrophale Mißerfolg der Politik des Herrn Schacht ist keine Ueberraschung. Für die wirtschaftlich Denkenden war es von vornherein klar, daß man die Devisenlage nicht durch die Maßnahmen bessern kann, die dem deutschen Kredit im Ausland den letzten Schlag geben und auf diese Weise den deutschen Außenhandel außerordentlich erschweren. Es ist eine unvermeidliche Folge der betriebenen Politik, wenn es Deutschland nicht gelingt, den Anschluß an die Weltbildung des Weltmarktes zu finden. In den beiden ersten Monaten des Jahres war die englische Ausfuhr um 8 Prozent größer als im Vorjahr. Die deutsche Ausfuhr blieb dagegen in den gleichen Monaten um mehr als 9 Prozent hinter dem Vorjahr zurück.

Wäre Deutschland imstande gewesen, in gleichem Maße wie England die steigende Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes für seine Exportindustrie nutzbar zu machen, so hätte es auch in den beiden letzten Monaten keine passive, sondern eine beträchtliche aktive Handelsbilanz gehabt und wäre nicht gezwungen, seine Einfuhr zu droffeln.

Es war eine Schraube ohne Ende. Die Drofflung der

Stimmungsbilder aus dem Reiche

Beobachtungen aus der Arbeit von Illegalen

In den längsten Wochen sind uns eine ganze Anzahl Berichte von Illegal im Reiche arbeitenden Freunden zugegangen. Es sind dokumentarisch belegte Angaben mit genauen Namen. Leider können die meisten nicht veröffentlicht werden, weil auf die Verfasser geschlossen werden könnte. Wir bringen nachstehend einige Probebeispiele, aus denen wir alles entfernt zu haben glauben, was die Verfasser belästigen könnte.

Aus einem großen Lebensmittelbetrieb

Nazi-Betriebsrat verteidigt Jüdin

Hier lehnte die gesamte Belegschaft ab, in Zukunft bei Versammlungen der Gewerkschaft der NSDAP teilzunehmen, da sie von Feld-, Wald- und Vielesenerleuten genug habe und endlich mal über ihre Betriebs- und Lohnfragen diskutieren wolle. Der Stellenleiter steht auf Seiten der Belegschaft. Die verstärkte Opposition datiert etwa seit Weihnachten, wo eine Gratifikation von ganzen drei Mark gezahlt wurde. Auch NS-Arbeiter erklärten, es habe sich gegen früher gar nichts geändert. Ein alter SA-Mann rief aus, er wolle diesen Kummel nicht mehr mitmachen, wenn die Partei nicht bald zeige, daß sie auf Seiten der Arbeiter stehe. Die Erregung machte sich in Meinungen Luft, man müsse die Firma durch schludriges Arbeiten, Ueberheizen der Kessel usw. schädigen. Ein Arbeiter erklärte, er werde sich in Zukunft den zu wenig bezahlten Lohn durch Mundraub aus den Betriebsvorräten zurückholen. Einer Jüdin wurde die zuständige Gratifikation nach Maßgabe Betriebsangehörigkeit verweigert. Der Nazi-Betriebsrat verteidigte die Rechte der jüdischen Arbeiterin mit der Erklärung, die reichen Juden, z. B. die Firmeneinhaber, würden nicht betroffen, man verfolge nur die armen. Ein Einspruch beim Treuhänder fiel zugunsten der Arbeiterin aus. Andererseits aber fand dieser Tage ein Referat über „Blut und Scholle“ in der Betriebszelle begeisterten Beifall. Der NS-Betriebsrat brachte nach dem Referat aus eigener Initiative Betriebsangelegenheiten zur Sprache und wandte sich besonders stark gegen Ueberstunden. Die Belegschaft, die gar nicht mehr gewöhnt war, über Betriebsangelegenheiten zu verhandeln, war über die bloße Tatsache, daß endlich ihre eigenen Dinge zur Sprache kämen, erfreut und beruhigt. Der Betriebsrat forderte, die Ueberstundenarbeiter sollten mit SA-Hilfe aus dem Betrieb entfernt werden. Große Diskussion, die sich unter SA-Hilfe noch auf der Straße fortsetzte.

Aus einer großen Druckerlei

„Gib mir die Hand, Kamerad . . .“

Eine sehr sonderbare Geschichte passierte bei der Vereidigung des SA-Sturmes. Eine große feierliche Vereidigung auf dem Hofe. Ein besonderer Sturmführer aus einem anderen Stadtbezirk wird eingesetzt. Nach der Feier ließ der Sturmführer den ganzen Sturm noch einmal auf dem Hof antreten, schritt die Front ab und sah sich seine neuen Kämpfer an.

Dann fragte er: „Na, wo wart ihr denn nur alle vor dem 5. März?“ Allgemein verlegenes Schweigen. — „Wer war im Bismarckbund, Jungdo, Stahlhelm oder einer ähnlichen Organisation?“ Jetzt meldet sich freudestrahlend ein SA-Mann. Nur der Sturmführer: „So, also im Bismarckbund warst du, das ist ja recht nett, bei diesen reaktionären Salunkeln hast du dich rumgetrieben. Na warte, Bürschchen, wirst bei uns viel lernen müssen.“ Alles andere greist.

Dann: „Wer war im Reichsbanner?“ Wieder melden sich einige. Sturmführer: „Was, das ist noch viel schlimmer, bei der Reichsbanner warst du, schämt ihr Euch nicht, diese feile Drogen zu beschirmen. Na, ihr seid ja schöne Arbeiter.“

Dann weiter: „Und wo wart du, mein Sohn?“ SA-Mann: „Ich war nicht politisch organisiert.“ „Aha, wart nicht organisiert. Wist ja ein verflucht vorlichtiger Mann, daß die andern die Kaskanien aus dem Feuer holen lassen und jetzt kommt du zu uns, wo die Sache nicht mehr brennig ist, na warte, Bürschchen, wirst dein blaues Wunder erleben.“

Schließlich fragte der Sturmführer mit erhobener Stimme: „Wer war bei der Kommune?“ Es meldet sich ein Mann, etwa 40 Jahre, sehr bescheidener Herr. Sturmführer: „Hier, gib mir die Hand, Kamerad, du bist der einzige Kerl unter diesen Scheißleuten. Die SA und die Kommune, das sind die einzigen, die wollten, was sie wollten. Alles andere war Mist . . .“

Möglicherweise war dies ein Lockversuch, um frühere Kommunisten festzustellen, es meldete sich aber keiner mehr.

Die enttäuschten Mittelschichten

„Haben die Nazibanden noch nicht genug?“

Vor allem ist Unzufriedenheit bei den Bauern. In den Landkreisen, in Pommern, aus den ostspreussischen Dörfern, aber besonders auch aus Süddeutschland wird allgemein berichtet, daß die Kleinbauern alles andere als nazibegierig seien. Im Gegensatz zum Vorjahr ist wachsende Enttäuschung, ja Verbitterung zu bemerken. Sie sind gegen die Erbfolge, die nur den Großen helfen, gegen den Vermögensaufschwung und andere Verordnungen. Aber allgemein wird gesagt, daß die Meinungen sehr zurückhaltend sind.

Kleine Geschäftskente in der Stadt sind auch stellenweise sehr angebracht. Seitdem wir die Diktatorierung haben, ist es wie abgehackt mit dem Geschäft. Kein Mensch hat Geld. Unsere besten Kunden waren die „besseren Arbeiter“. Wenn mal einer Geburtstag hatte . . . heute kommt man her, kann nicht mehr als 50 Pfennig ausgeben. Kränze werden gar nicht mehr gekauft. Die Leute kommen und fragen: „Wie teuer?“ Und dann sagen sie: „Nein, dann geh ich das Geld den Hinterbliebenen lieber so.“ Mein lieber Mann, wo sollen wir denn aber unsere Miete her bekommen? Was sagen Sie, es wird besser? Ich habe noch nichts gemerkt. Verstehe die Leute nicht, die noch für Winterhüte spenden. Alle Tage wird durch Radio angefangt, daß sonntäglich Geld gestiftet habe. Sie sagen, wir sollen die Hoffnung nicht verlieren? Wir hoffen und hoffen, bis wir im Sarge liegen. Heute habe ich erst 150 Mark Kasse gemacht. Man setzt alles wieder zu. Alles könnte in Gang kommen, wenn die hohen Hölle nicht wären, wenn die Arbeiter wieder verdienen, das ganze Arbeitsbeschaffungsprogramm ist ein Aufzug. Es sieht ganz so aus, als wenn wir auf einen Krieg aufzueilen. Ich sage Ihnen, wir werden eine bitterböse Zeit durchmachen, der Herrgott möge uns beschützen. (Typische Meinungen eines kleinen Geschäftsmannes, wie man sie jetzt täglich überall hört.)

Oder die Meinungen eines deutschnationalen kleinen Kapitalisten: „Sehen Sie mal nun schon die Sammelbogen für die arbeitslose SA. Nur immer: Gebt, gebt, opfert. Da heißt es immer: der Mann hat ein Geschäft, der kann spenden. Wenn aber nichts einkommt und nichts mehr verdient wird mit dem Kram, dann muß ich doch sagen, es ist genug. Ich gebe nun nichts mehr, mir ist es gleich, es muß doch mal anders kommen, die Welt steht doch nicht still.“

In Berlin-Tempelhof lebten eines Morgens Plakate über den Winterhilfsfonds: „Haben die Nazibanden noch nicht genug?“

Auch bei den Intellektuellen wachsen kritische Stimmungen. Als ein Dozent eines Univeritätsinstituts seine Zutrittsvorlesung hielt, wurde er, wie üblich, mit dem deutschen Gruß empfangen. Der Professor sagte daraufhin: „Ich begrüße den deutschen Gruß, weil er deutscher Gruß ist. Ich lehne ihn jedoch als Gruß einer Partei ab. Man muß zwar der NSDAP allerlei Verdienste auerzählen, nichtsdestoweniger, ich kann einen Parteigruß nicht anerkennen und erwidern.“

Bei Künstlern, Ingenieuren, Ärzten usw. ähnliche reservierte Stimmungen. Die Göbbelsche „Kraft-durch-Freude“-Kulturpropaganda blieb vollständig wirkungslos in diesen Schichten.

Am heftigsten ist die Oppositionstimmung in kirchlichen Kreisen. Darüber ist aus dem Kirchenkonflikt Näheres bekannt. Es kommt heute bereits vor, daß nicht nur katholische Pastoren, sondern auch Pastoren in überfüllten Kirchen Predigten halten, wo sie das Regime heftig anpreisen. Man spreche von Frieden in der Welt und man habe nicht einmal den Frieden in Deutschland, noch weniger in der Wilhelmstraße.

Romantische Jugendkritik

Bündische und andere Jugend

In der Hitlerjugend bildet sich immer mehr und mehr ein oppositioneller Flügel heraus, der zwei Stützpunkte hat. Die früher „bündische Jugend“, einen Teil der früheren bürgerlichen Jugend und die Jugend der katholischen Verbände. Diese „bündische“ Jugend steht bewußt im Gegensatz zu dem Kurse der Reichsjugendführung, der auf eine vollkommene Militarisierung der Jugend unter dem Kommando der NS hinausläuft. Hier handelt es sich noch nicht um eine organisierte Opposition, aber um eine innerlich verhältnismäßig feste Strömung, die der Anlauf einer Gruppierung werden kann. Sie hat heute schon Ausläufer bis in die SS, in der ein großer Teil der Führer aus der bündischen Jugend hervorgegangen ist. Man befindet sich im Stadium des Sichfindens und Findens. Ausläufer neben aus der Partei. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Amtswalter kommt aus dieser Gruppe.

In den Weihnachtstagen fanden verschiedentlich Tagungen von bündischen Gruppen statt, so beispielsweise im Nora, wo etwa 100 jüngere Männer und Frauen zu einer sogenannten Schulungswoche sich trafen. Ebenso gab es ein Treffen der schlesischen bündischen Jugendführer im Riesengebirge. Ihre Herkunft aus der deutschen Freischar, dem Pfadfinderbund, den Reihen der freidenklichen Jugend usw. kennzeichnet die Zusammensetzung. Das Treffen fand auf tschechischem Gebiet statt, illegal. Es wurde erklärt, daß beim Grenzübertritt, wenn Polizei und NS davon erfahren, damit zu rechnen sei, daß Schuß gelassen werde. Solche Treffen gab es auch in anderen Teilen des Reiches. Die bündischen Gruppen sind in die NS übernommen worden. Diese hat sie nicht verdrängt. Sie bestehen weiter und richten neue Heime ein. Da die NS keinerlei Kräfte für die Jugendzweckarbeit hat und auch immer mehr bürokratisiert wird, hoffen die Bündlichen, sie bald von innen her zu durchdringen. Im „Jungvolk“ soll es weitgehend erreicht sein. Die Führer der einzelnen Bünde erlangen doch zahlreiche Ober- und Unterbannführer-Pöhlen.

Eine klare Konzeption gibt es bei ihnen nicht. Sie bejahen vollkommen die NSDAP, aber es geschieht mit tener romantischen Kritik, die der alten Jugendbewegung eigen war, und die sich jetzt unter dem Druck des zentralistischen und militärischen Apparates verhärtet. Es kann durch systematische Arbeit ein sozialistischer Flügel entwickelt werden.

Großbürgerliche Widerstände

Opposition ohne Einheitlichkeit

Sie konzentrieren sich um die Spitzen der stärksten Industrien und Konzerne und der Junker. Es ist bekannt, daß die Reichsführung nicht wirklich gleichgeschaltet ist. In den engeren Büros der Dormüller-Clique wird kritisiert und behauptet sich ein deutschnationaler Widerstand. Noch im Januar hat Dormüller den Hitlergruß in der Reichsbahndirektion abgeschafft. Ähnlich sind die Widerstände bei der Spitze der J. G. Farben, bei Siemens und anderen großen Konzernen.

Vielmehr suchen die Betriebsdirektoren Kontakt mit den alten Vertrauensleuten aus der Zeit des demokratischen Regimes zu halten. Im Reichslandstand werden die entlassenen deutschnationalen Leiter und Direktoren wiedergeholt. Stellenweise lehnen sie labotierend die Wiederaufnahme der Arbeit ab. Von Teilen der Großbourgeoisie wird die monarchistische Propaganda mit finanziert, jedoch ist die breite Gegenagitation des Regimes im Januar vor allem aus den Bedürfnissen der Ableitung gegen die Widerstände, die das Arbeitsgesetz hervorgerufen hat, zu erklären. Immerhin gab es heftige Zusammenstöße mit dem monarchistischen Teil des alten Offizierskorps. Erinnert sei an die Vorfälle bei der Versammlung des Ruffhäuserbundes in Berlin. Die Versammlung wurde von SA gepregelt. Es kam zu heftigen Zusammenstößen und Schlägereien. Die Ereignisse führten zu Bestimmungen bei der Reichswehrspitze und zu einer Verhärtung der Stahlhelm-Opposition, wo diese noch in geschlossenen Raders vorhanden ist, wie beispielsweise in Mitteldeutschland im Gebiet von Halle-Merseburg. Dort herrschen dauernd große Spannungen zwischen SA und Stahlhelm. Prägelien, Grubverweigerung sind an der Tagesordnung.

Reichswehroffiziere phantazieren von der baldigen Erledigung des Regimes, überschätzen sehr stark die wirtschaftlichen, personellen und anheupolitischen Schwierigkeiten, machen sich Illusionen über ein baldiges Abtreten des Nationalsozialismus und eine Uebernahme der Regierung durch die Reichswehr und reichsbürgerliche Kreise. Jedoch sind diese Strömungen trotz der heftigen Kontakte mit dem Ruffhäuserbund und der vollständigen Plauderung der selbständigen Stahlhelmorganisation eher schwächer als stärker geworden.

Sehr wesentlich trägt dazu bei, daß das Regime immer zielbewußter und immer härter die Vorbereitung seiner kriegerischen Rüstungen betreibt. Kleinbürgerliche

oppositionelle Bestrebungen, Widerstände in der Jugend, Reservisten der Großbourgeoisie, Widerstandsnetze im Staatsapparat usw. sind keineswegs ein Ausbruch einer klassenmäßig einheitlichen Differenzierung. Es überwiegen eine beschränkte reaktionäre Sonderinteressen im Bündel dieser oppositionellen Strömungen, die eine einheitliche Zusammenfassung ihrem Wesen nach nicht erlauben. Es ist nicht die geringste Zusammenfassungsmöglichkeit vorhanden, da das Regime seinen Machtapparat immer härter ausbaut, die zentrale Polizeigewalt auf das Reich ausdehnt, die Kernschichten seiner Miliz, der SA und SS, qualifiziert und auch, wenn nicht den Begeisterungsrausch der ersten Ritterwochen, so doch eine allgemeine Sympathie breiter Massen für sich zu erhalten versteht.

Von besonderer Bedeutung ist dabei der Ausbau und der Umbau des bisherigen Bürgerkriegsapparates auf einen reinen Kriegsapparat.

Der Terror

Der legale Terror wird fortgesetzt. Im Januar gab es wieder Massenverhaftungen, Schreckensurteil-Serien, Hinrichtungen.

In den Konzentrationslagern und Staatsgefängnissen werden die Martern fortgesetzt. Neu ist der Versuch, Entlassungen und schonendere Behandlung als Prämie für ishematische Angelegenheiten zu gewähren. Nach Mitteilungen verschiedener aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen Entlassener wird jetzt nach entsprechender Vorbereitung solchen zu Entlassenden mitgeteilt, die Bedingung ihrer Freilassung sei, daß sie binnen vier Wochen einen bisher nicht gefachten Staatsfeind namhaft machen und so ihre Loyalität beweisen. Entsprechende Versuche dieser Art wurden vielfach beobachtet und auch gelegentlich durchkreuzt.

Die Abschachtung der illegalen Reichsleiter der NSDAP, der Genossen Scheer, Schwarz, Steinfurt, im Balde bei Potsdam steht nicht vereinzelt da, immer noch werden frühere Martritten verhaftet, gemartert, ein Teil verschwindet spurlos, ein anderer Teil taucht wieder auf und verweigert nach dem überstandenen Schrecken die Mitteilungen über das Erlebnis.

Er erfolgen noch wilde Aktionen, aber seltener als in der ersten Zeit. Solche Aktionen haben meist Nachbedürfnisse, aber auch Konkurrenzgründe gegen mißliebige Rivalen zur Ursache. So wird z. B. berichtet, daß Anfang des Jahres die Druckerlei der „Auldaer Zeitung“ zerstört wurde. Die Zerstörung ging folgendermaßen vor sich: Es fuhr ein Auto der Reichsführerschule aus Hersfeld vor. Ein Leiter des Lagers ist Sohn des Konkurrenzunternehmens der „Auldaer Zeitung“. Die Männer zerstörten die Druckerlei. SA ging vorbei, ohne etwas zu bemerken. Der Besitzer, selbst in der SA organisiert, wandte sich an die Auldaer Polizei, die an die Gestapo in Kassel verwies. Diese verbot dem Besitzer zu reden und ersuchte ihn, aus Fulda zu verschwinden, da man dort für sein Leben nicht bürgen könne. Am nächsten Tage Auslauf vor der zerstörten Druckerlei mit gemachtem Volkszorn und Schimpfreden gegen die schwarze Gefahr. Zwei Tage später wurde die Zeitung, die obneidlich nicht erschienen konnte, wegen Gefährdung der Ordnung verboten. Die Versicherungsgesellschaft Alliance zahlte sofort die gewünschte Versicherungssumme. Auf die Beschwerde des Besitzers bei der Berliner Gestapo wurde der Führer der Hersfelder Schule nach Kbnigsberg strafverlegt, die Zeitung blieb verboten.

Sehr häufig sind jetzt auferregte Fahndungen nach Bersehungsscheitern in den Naziorganisationen. So wurde z. B. in Berlin-Pichtenberg ein Sturmlokal geschlossen und der ganze Sturm festgenommen, weil angeblich Schließungen nach einem Vorbild gemacht worden sein sollen.

In Hamburg gab es Massenverhaftungen, weil die Führer distinktionierende Hitlerbilder in Umlauf gebracht haben sollen. In Berlin wurde ein Plakat konfisziert, da angeblich im Bild die Formel „Tod der Hitlerjugend“ in den Anfangsbuchstaben als Wuster eingezichnet gewesen sein sollen. Solche plötzlich auftauchende oft massenpsychotisch wirkende Alarmfälle mehren sich. Sie sind nur der Ausdruck des kafaristischen Verfolgungswahnes der herrschenden Urväterentsicht, noch kein Symptom wirklich um sich greifenden Verschwörertums dagegen.

Die Verhaftungen bei den verschiedenen illegalen Organisationen der alten Parteienreihe und neuer Gruppen ereignen im Januar nach einer Ueberfrist mehrere laufend Fälle.

Arbeitsdienst und Jugendzweckziehung

Tolle Zustände

h. h. Ueber die furchtbaren Zustände, die unter den beim sogenannten „Freiwilligen Arbeitsdienst“ Beschäftigten Jugendlichen herrschen, geht uns aus Hamburg folgender Bericht zu:

„Im Hamburger Staatsgebiet liegt die staatliche Siedlung Langenborn. Diese Siedlung ist umgeben von Moorland, welches vom „Freiwilligen Arbeitsdienst“ für ein Taschengeld urbar gemacht werden soll. Die Jugendlichen, die dabei beschäftigt werden, sind 15 bis 20 Jahre alt. Das geachtete Taschengeld ist derartig minimal, daß sich die jungen Leute auch das bescheidenste Vergnügen verkneifen müssen. Dabei stürzten sie sich wie die Wilden auf die jungen Mädchen aus dem Orte. Bald wurde es ruhiger, daß selbst eine ganze Reihe der Alerikantisten in geschlechtlichen Beziehungen zu diesen Mädchen standen. Die Folgen sind natürlich nicht auszusprechen.“

Von den Mädchen der naben Siedlungsschule sollen sehen, die zu Eltern schulentlassen werden, schwanger gehen. Ein achttes, gleichaltriges Mädchen hat ein Kind geboren, für dessen Vaterlichkeit nachweislich 15 Arbeitsdienstler in Frage kommen können.

Die Aufregung der Langenborner Eltern und Erzieher ist natürlich sehr groß. Man läßt keine Mädchen mehr allein auf dem Hause gehen.

„Not lehrt beten“

h. h. Nach einer langjährigen Pause wurde auf den Harzgruben Bergwerksmaschinenfabrik und Hölse Gottes in Bad Grund das sogenannte Montagsbeten wieder eingeführt. Dieses Montagsbeten, das früher von einem Vorbeter durchgeführt wurde, ist in der alten Form wieder aufgenommen worden.

Politische Defensive und militärische Offensive

Von Otto Bauer

Eine kritische Darstellung der Kampfhandlungen der österreichischen Aufstandstage ist heute noch nicht möglich. Das Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokraten besitzt schon hunderte Kampfberichte von Teilnehmern an den Kämpfen; trotzdem hat es noch keineswegs eine so erschöpfende Uebersicht über die Kampfhandlungen, die sie als Grundlage einer kritischen Darstellung dienen könnten. Ueberdies zwingt auch die Rücksicht auf die Gefangenen, die in den Händen der Austrofaschisten sind, zu größter Vorsicht in öffentlichen Darstellungen. Trotzdem suchen jetzt schon einzelne Sozialdemokraten kritische Lehren aus den Wiener Aufstandstagen zu ziehen. So hat Emil Franzel unter dem Titel „Der Bürgerkrieg in Oesterreich“ eine Broschüre veröffentlicht, die die Ursachen der Niederlage des Republikanischen Schutzbundes zu erforschen sucht. Aber der Grundgedanke dieser Broschüre scheint mir irrig zu sein. Ich glaube ihm entgegenzutreten zu müssen, um zu verhindern, daß aus der österreichischen Erfahrung unrichtige Schlüsse gezogen werden.

Die politische Strategie der österreichischen Sozialdemokratie war durch folgenden Gedanken bestimmt: in der demokratischen Republik wollen wir die politische Macht durch Gewinnung der Mehrheit des Volkes durch das verfassungsmäßige Mittel des Stimmzettels erobern. Nur wenn uns der Faschismus die demokratischen Kampfmittel zu rauben versucht, nur dann wollen wir den demokratischen Kampfboden mit den Mitteln der Gewalt verteidigen. Wir selbst haben diese These als die These von der „nur defensiven Rolle der Gewalt“ bezeichnet.

Franzel glaubt nun, diese „Defensivideologie“ sei die Ursache der Niederlage der österreichischen Arbeiter. Sie habe die Arbeiter davor abgehalten, die bloße Verteidigung einzustellen, daß sie sich auch im gewaltsamen Kampfe mit der bloßen Verteidigung ihrer Häuser und Bezirke begnügen, während nur eine kraftvolle militärische Offensive aus den Wiener Arbeiterbezirken gegen das Stadtzentrum den Sieg hätte herbeiführen können.

Ich glaube, daß dieser Gedankengang auf einer Verwechslung der politischen Strategie mit der militärischen Taktik beruht.

Franzel glaubt, daß es am Montag, dem 12. Februar, sehr wohl möglich gewesen wäre, zwischen 12 und 2 Uhr mittags das Stadtzentrum, in dem die Regierungsgebäude liegen, mit 2-4000 gut bewaffneten, mit Motorfahrzeugen ausgestatteten Schutzbündlern einzunehmen. — Aber „weder gab es die 2000 Mann Bereitschaft, noch hatte man den Geist, sofort anzugreifen“. Wie war es in Wirklichkeit?

Niemand hatte für den 12. Februar den Aufstand beschlossen, in Aussicht genommen oder auch nur vorausgesehen. Die bewaffneten Zusammenstöße in Linz, die die Wiener Arbeiter zum Kampfe zwangen, kamen überraschend. Erst um die Mittagsstunde gab die Stilllegung

des Wiener Elektrizitätswerkes das Zeichen zum Generalstreik. Erst der Generalstreik war das Zeichen zur Sammlung der Schutzbündler. Kasernen, in denen Bereitschaften bewaffneter Schutzbündler ständig bereit gewesen wären, hat der Schutzbund freilich nicht gehabt und selbstverständlich nicht haben können. Daß die Sammlung der Schutzbündler längere Zeit erfordert hat als die Alarmierung der ständigen Bereitschaften des Militärs und der Polizei, die das Stadtzentrum absperren, ist daher selbstverständlich. Waren die Schutzbündler aber erst gesammelt, so mußten sie sich zuerst bewaffnen. Das war nun keineswegs eine leichte Aufgabe. Die Waffenbestände des Schutzbundes waren zum größten Teil in der Zeit der Revolution von 1918 und in der Zeit der Kämpfe um das Burgenland im Jahre 1920 in die Hände der Arbeitererschaft gefallen. Daß die Arbeiter diese Waffenbestände 18 bis 15 Jahre lang verborgen gehalten, sie den seit dem Jahre 1927 immer wieder wiederholten Waffenfuchen der Polizei entzogen und überdies konserviert, gebrauchsfähig erhalten haben, gehört zu den bewundernswürdigsten Leistungen der Schutzbündler. Aber das setzte natürlich voraus, daß erstens nur wenige Personen die Waffenverstecke kannten und daß zweitens die Waffen zum großen Teil eingegraben und eingemauert waren. Es ist daher selbstverständlich, daß die Durchführung der Bewaffnung einige Stunden erforderte. Ehe sie vollendet war, was das Stadtzentrum durch sehr starke militärische Kräfte abgesperrt.

Der Kampf konnte nicht vor 5 Uhr nachmittags beginnen und hat um diese Zeit begonnen. Wie ist es nun gekommen, daß sich dieser Kampf in einen Kampf um einzelne Häuserblöcke, zumeist um die großen Wohnhäuserblöcke der Gemeinde Wien auflöste?

In einigen Fällen wurden die Schutzbündler, als sie sich in Gemeindeflächen sammelten und bewaffneten, von der Polizei angegriffen. In diesen Fällen entwickelte sich der Kampf von Anfang an als ein Kampf um die Gemeindeflächen.

In anderen Fällen aber war es durchaus nicht so. Die Pläne, die die militärischen Führer der Arbeiterschaft für den Fall der Notwendigkeit einer Verteidigung der demokratischen Verfassung ausgearbeitet hatten, sahen keineswegs nur die Verteidigung der Arbeiterviertel oder gar nur der Gemeindeflächen vor. Die jedem Soldaten vertraute Erkenntnis, daß strategische Defensive mit den Mitteln taktischer Offensive geführt werden muß, war den militärischen Fachmännern selbstverständlich bekannt. Die Schutzbündler waren keineswegs nur, wie Franzel meint, zur taktischen Defensive erzogen. Sie wußten, daß sie nur im Angriff siegen können, und haben den Angriff versucht. Montag, 12. Februar, um 5 Uhr nachmittags, wurde von verschiedenen Bezirken aus ein konzentrischer Angriff gegen das Stadtzentrum unternommen. Aber alle diese Angriffsvorläufe sind gescheitert. Und erst als sie sich zurückziehen mußten, haben sich die Schutzbündler in den Gemeindeflächen verbarrikadiert.

Warum sind die Angriffsvorläufe des Schutzbundes gescheitert? Man stelle sich doch einen Angriff in einer großstädtischen Straße gegen eine mit mehreren Maschinenbewehrten besetzte militärische Stellung anschaulich vor! Der Angriff ist unergieblicher als im freien Gelände, weil auf dem Straßenpflaster keinerlei Deckung im Angriff möglich ist und weil die Schutzwirkung der Infanteriegeschosse auf dem Pflaster infolge der vielen Gassen sehr viel schwerer ist. Ein Frontalangriff gegen Maschinenbewehrungen auf dem Straßenpflaster wäre sicherlich nur nach starker Artillerievorbereitung möglich; aber Geschütze haben die Schutzbündler nicht besessen. Der Angriff konnte daher nur gelingen, wenn es möglich war, die feindlichen Stellungen zu umgehen, dem Feind in die Flanke oder in den Rücken zu kommen. Aber das erfordert im Straßenkampf der Großstadt starke zahlenmäßige Ueberlegenheit des Angreifers, über die der Schutzbund nirgends verfügte. Die im Kampfe stehenden militärischen Abteilungen konnten ihre Flanken und ihren Rücken überall mit ausreichenden Kräften sichern.

Das waren die Ursachen des Scheiterns der Offensiveversuche des Schutzbundes. Man tut unseren Helden unrecht, wenn man sie mangelnden Offensivgeistes beschuldigt. Mit noch so heldenmütigem Offensivgeist sind Maschinenbewehrungen auf dem Straßenpflaster ohne Artillerievorbereitung nicht zu nehmen. Und man tut der österreichischen Sozialdemokratie unrecht, wenn man sie beschuldigt, daß ihre programmatische Ideologie den Offensivgeist der wechsellernen Elite der Arbeiterschaft getötet habe. Wir haben alle die furchtbaren Gefahren einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit einer nicht durch unmittelbar vorausgegangene Niederlagen im Kriege erschütterten Militärgewalt gekannt. Deshalb haben wir die Arbeiter gelehrt, daß sie zur Gewalt nur greifen sollen, wenn der Gegner ihnen die demokratischen Kampfmittel rauben will und ihnen dadurch keine andere Wahl läßt als die, sich mit den Waffen zu wehren oder sich ohne Widerstand vergewaltigen zu lassen. Aber deshalb haben wir die Schutzbündler wahrlich nicht gelehrt, daß sie auch dann, wenn kein anderer Weg als der des gewaltsamen Kampfes mehr gegeben wäre, sich auf die bloße Verteidigung beschränken sollten. Die wirklichen Ursachen der Niederlage lagen also nicht in unserer „Defensivideologie“, sie lagen vielmehr darin, daß ein sehr großer Teil des Proletariats abseits gestanden ist, als die Schutzbündler im Kampfe waren. Das aber haben wir immer gewußt und hunderte Male gesagt: daß der Kampf nur gewonnen werden könne, wenn eine Tat des Gegners, ein Angriff auf die Grundrechte der Arbeiterschaft und die Leidenschaften und den Zorn des Volkes dementsprechend entzündet, daß die ganze breite Masse des werktätigen Volkes mitgeht, wenn die Schutzbündler zu den Waffen greifen. Und gerade dieser Gedanke ist das stärkste Argument, die stärkste Stütze der von Franzel bekämpften „Defensivideologie“ gewesen.

Oesterreichs gerettete Arbeitergelder

Erklärung Friedrich Adlers zu den faschistischen Diebespraktiken

J. J. Der Heimwehrminister Reusbacher-Stürmer, dem jetzt die Sozialgesetzgebung und die Gewerkschaften Oesterreichs ausgeliefert sind, hat am 9. März eine Rede zur Werbung für die faschistische „Einheitsgewerkschaft“ gehalten. In dieser Rede soll er nach dem Bericht der Wiener „Reichspost“ von „den roten Großverdieberrn von Gewerkschaftsgeldern“ gesprochen und unter anderem auch mich genannt haben, in dem er sagte: „Dr. Friedrich Adler behob in Zürich 48.000 Schilling.“ Dazu erkläre ich folgendes:

1. Nach den Erfahrungen in Italien und Deutschland, wo alle in Jahrzehnten unter unsäglichen Opfern aufgebauten Institutionen der Arbeiterschaft (Arbeiterheime, Truhenvereine usw.) den faschistischen Dieben zum Opfer gefallen sind, war es ganz klar, daß Gleiches in Oesterreich zu erwarten war, sobald die Faschisten an die Macht gekommen. Es war daher die Gewissenspflicht eines jeden Vertrauensmannes der Arbeiterbewegung, Sorge zu tragen, um möglichst viel vom Eigentum der Arbeiterorganisationen vor den Diebespraktiken der Faschisten zu schützen und für den Kampf um die Freiheit der Arbeiterorganisationen zu reiten. Leider besteht der weitaus größte Teil des Vermögens der Arbeiterorganisationen in Häusern und Maschinen, ist also dem Zugriff der faschistischen Diebe nicht zu entziehen.

2. Ich würde es mir zur Ehre anrechnen, wenn ich den freien Gewerkschaften Oesterreichs hätte helfen können, ihr Eigentum vor dem faschistischen Zugriff der Dollfuß-Regierung zu sichern. Da mein Aufgabenkreis nicht auf gewerkschaftlichem Gebiet liegt, konnte ich in dieser Richtung leider nahezu nichts leisten.

3. Ich habe niemals im Auftrag von österreichischen Gewerkschaften oder für dieselben 48.000 Schilling, wie der Heimwehrminister Reusbacher-Stürmer behauptet, und ebensowenig einen anderen Geldbetrag in Schillingen oder in einer anderen Währung erhoben. Der einzige Dienst, den ich Gewerkschaften zu erwiesener Gelegenheit hatte, war, daß ich in zwei Fällen einzelne Wertpapiere (senalische und französische), die durch eine Schweizer Bank vollständig ordnungs-

gemäß und legal an meine Adresse übermittelt wurden, an jene gewerkschaftlichen Organisationen, die darüber verfügungsberechtigt sind, weitergab. Die Uebersendung an mich wurde in aller Offenheit von der Wiener Arbeiterbank unter Einhaltung aller gebräuchlichen Vorschriften vollzogen und ich vermahne mich gegen die Andeutung irgendeiner Infortretlichkeit durch den Heimwehrminister, den ich vor Gericht zur Verantwortung ziehen würde, wenn Gesetz und Recht in Oesterreich durch die Dollfuß-Regierung nicht beeinträchtigt wären.

Zürich, 12. März 1934.

Dr. Friedrich Adler.

Unter internationaler Kontrolle

In einer Versammlung des Bauernbundes erzählte der österreichische Finanzminister, daß Gewerkschaftsgelder ins Ausland „verschoben“ worden seien. Er forderte die Führung der freien Gewerkschaften auf, dafür zu sorgen, daß diese Gelder nach Oesterreich zurückkommen, sie würden hier „nur den Zwecken der Arbeiter dienen“. Den Zwecken der Arbeiter? Der Herr Burek meint wahrscheinlich: den Zwecken der faschistischen, von der faschistischen Regierung beherrschten Schwindelgewerkschaften. Das möchte den Herren passen. Die Gewerkschaftsgelder dienen nicht dem Faschismus, sondern dem Bekämpfungskampf der Arbeiter gegen den Faschismus. Sie werden ganz bestimmt nach Oesterreich zurückkommen, sobald es in Oesterreich wieder freie, von keinem Faschismus mehr beherrschte Gewerkschaften geben wird. Bis dahin werden diese Gelder unter der Kontrolle des Internationalen Gewerkschaftsbundes, dessen Obmann Walter M. Citrine, Generalsekretär der englischen Gewerkschaften, ist, und unter der Kontrolle der internationalen Vermögensverwaltung verwalten werden. Ebenso hat über die gesamte Geldgebarnung des Auslandsbüros österreichischer Sozialdemokraten auf Ersuchen des Auslandsbüros die Sozialistische Arbeiter-Internationale die Kontrolle übernommen.

Religionsausübung in der Sowjetunion

Die russische Korrespondenz RZU. meldet: Die Sowjetregierung kommt den Wünschen der Ausländer entgegen die auch in der Sowjetunion ihren religiösen Verpflichtungen nachkommen wollen. So befehlen bei den weißen diplomatischen Vertretungen im Moskauer ausländische Kapellen, deren Geistliche zum Personal der betreffenden Vertretungen gehören. Die erste Mission, die von diesem Rechte Gebrauch machte, war die französische. Auch die amerikanische Gesandtschaft hat in ihrem Personal einen Geistlichen. Der Gottesdienst in den Gesandtschaftskapellen ist dem Angehörigen der betreffenden Religion zugänglich, auch wenn sie nicht zum Gesandtschaftspersonal gehören. — Und so fragen wir, wie steht es mit den Russen?

Danebrog und Hakenkreuz

Der Kranz der Räuberregierung

In Dänemark hat schon wieder eine große Danebrog-affäre stattgefunden, die für die Drahtzieher im „dritten Reich“ ein schmachvolles Flaklo wurde.

In Apenrade, das vor der Volksabstimmung im Jahre 1920 zu Deutschland gehörte, und in dem eine Anzahl Bürger der deutschen Minderheit angehören, fand anlässlich des deutschen Volkstrauertages zu Ehren der im Weltkrieg Gefallenen ein Gedenkgottesdienst statt. Daraufhin leiteten der deutsche Kriegerverein und die Vertreter des Deutschen Reiches am Kriegedenkmal je einen Kranz nieder. Der Kranz der deutschen Regierung zeigte in seiner Schleife das Hakenkreuz. Dadurch übten sich die dänischen Einwohner Apenrades beleidigt, weil das Denkmal sowohl den gefallenen Dänen wie Deutschen gewidmet ist. Als sich die Ereignisse innerhalb der dänischen Bevölkerung immer mehr steigerte, stellten die deutschen Nationalsozialisten eine starke Wache bei dem Kranz mit dem Hakenkreuz auf.

Daraufhin rückten große Mengen von Arbeitern an, die schweigend die Eingänge zum Kirchhof besetzten.

Am nächsten Vormittag kamen eine Reihe angesehener dänischer Bürger auf den Kirchhof und breiteten vor den Augen der Naziwache eine große Danebrogflamme vor dem Denkmal aus, und zwar dergestalt, daß die Danebrogflamme aus der Schleife von ihr bedeckt wurde. Es drohte zu ernsthaften Auseinandersetzungen zu kommen.

Die Polizei wurde verstärkt. Inzwischen wandte sich der deutsche Generalkonsul an die dänischen Polizeibehörden und teilte mit, daß der Kranz auf Ordre der deutschen Reichsregierung niedergelegt worden sei. Er verlangte daher Entziehung des Danebrog von dem Hakenkreuz und Wennaumung. Man forderte ihn auf, den Kranz zu entfernen. Das lehnte er kategorisch ab. Da die Situation immer gefährlicher zu werden drohte, beendete schließlich der diensttuende Pastor des Kirchhofes die Affäre damit, daß er eigenhändig und kurzerhand die Hakenkreuzschleife vom Denkmal entfernte.

Man kann sich denken, wie die gleichgeschalteten Deutschen seitdem toben.

Flaggenkrieg

Gegen die Tschechoslowakei

h. b. In der demokratischen, freien Tschechoslowakei steht die Fahne der braunen Volksbedrucker nicht gerade in hohem Ansehen. Die Behörden achten peinlich darauf, daß die Gefühle ihrer Staatsbürger nicht durch das Zeigen dieser Flagge der Unkultur auf tschechischem Boden verletzt werden. Das hat natürlich den Zorn der Regierung des „dritten Reiches“ geweckt, der sich nunmehr in folgender Verordnung Luft gemacht hat:

Berlin, 23. Februar. Die Reichsregierung hat sich veranlaßt gesehen, zur Wahrung der Ehre des deutschen Volkes für das Reichsgebiet folgende Anordnung zu treffen:

1. Das private Zeigen tschechoslowakischer Flaggen und Wimpel sowie das Tragen von Abzeichen in den tschechoslowakischen Farben ist verboten.

2. Gegenstände, die diesem Verbot zuwider gezeigt oder getragen werden, sind polizeilich sicherzustellen.

Wie soll die tschechische Republik das ertragen?

Steigende Einwanderung nach Palästina

Jerusalem, 19. März (JTA). Im Monat Februar 1931 sind laut den provisorischen Riffern der Jewish Agency 2900 Juden zu künftiger Aufenthalt nach Palästina gekommen.

Im Januar 1931 kamen 2063 Juden nach Palästina, unter ihnen 292 aus der Kapitalistenklasse, die zusammen mit ihren Angehörigen 486 Seelen ausmachten. Außerdem erhielten 242 Touristen die Erlaubnis zu dauerndem Aufenthalt, so daß die Gesamtimmigration im Januar mit 2205 Personen zu beziffern ist.

Im Jahre 1933 betrug die jüdische Einwanderung im Januar 1261, im Februar 1448 Seelen.

Insel Schweiz

Von der „Pfeffermühle“ nach Ascona

Die Schweiz hat es unerhört gut. Wie eine Insel schwimmt sie im aufgeregten Chaos Europa. Sie ist keine Insel, ich weiß, so sagen die Schweizer sorgenvoll und mit Recht. Sie sei doch eine Insel, will der abendliche Gedanke wahrhaben. Der Heimatlose, der getrennt ist vom Frieden seit fast zwanzig Jahren durch einen Abgrund von Blutvergießen, Angst und zu Hohn gewordener Hoffnung, spürt hier überall die Atmosphäre von über zweihundert Jahren Krieglosigkeit. Hier gewonnen die Unsterne nie Gewalt. Hierher schien zwar die Wolkenröte der großen Feuersbrunst, dröhnte dunkel das Gewitter der Front. Aber es blieb Frieden, hier weinten nicht Millionen Waisen, verbluteten nicht ganze Jahrgänge, hier kehrte der Hunger um, hier wohnten Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit. Die Schweiz verband Wunden, derweil wir haßten und Krieg führten innen und außen. Sie entwickelte andere Kräfte, als wir es taten und geschehen ließen.

Mit etwas brennendem Herzen erfährt man den Segen dieses langen Friedens, der fast bis ins ärmste Bergnest des Centovalli deutlich ist. Allein in der Harmonie und Allgemeinheit des technischen Fortschrittes, mit der sauberen Bauweise, den blühenden Straßen und rauchlosen Bahnen ist das Land weit voraus. Das Tiefere war ist nicht überall spürbar, aber doch weithin: Wissenschaft, Festigkeit, Glück Mut, Freiheit. Wenn man an den aufgeregten Schwachsinn der Göbbelskultur, an die Verlogenheit der amtlichen Propaganda, die verfeimte Freiheit „drüben“ denkt — welche ein Vorzug hier! Zweihundert Jahre Frieden wölben sich hell und gnadenvoll über das Land.

In Basel residiert zur Zeit die „Pfeffermühle“, das Kabarett junger deutscher Emigranten, textlich versorgt von Klaus und Erika Mann, Leitung und Konfession Erika Mann. Es ist wie im „Hirschen“ zu Zürich, allabendlich übertoll. Eng gekleidet sieht man da. Es ist sogar noch dasselbe Programm wie im Januar. Nur ein Stück fehlt, ist zu bitter, zu finster für die Stadt. „Der Schutengel“ (von Béranger, vortragen von Therese Giese) rührt alle höhnische Enttäuschung und jede erbitterte Verachtung auf, die je einen beschlich, dieser verdammte „Schutengel“ unserer unübertrefflichen Ordnung, der nie da ist, wenn ein Hilfloser schreit... Schade, daß diese Verse fehlen. Doch ist es eben ein glückliches Land, dahinein wir verschlagen sind. Außerdem fehlt nichts. Vor allem nicht Therese Giese mit „Krankenschwester“ und „Dummheit“. Der gespenstische Monolog zu dem imaginären Schwerkranken, der wehrlos verzweifelt unter professionalem Besserwissen... nachher ist es das ganze Land, unser Land, das sich quält, überliefert dem Diktator, der ihm Freiheit, Licht, Mitteilung verbietet. Die teutonische Dummheit in Person, nachdenkliche, böse Sätze hinwerfend. Unter dem Gesamttitel „Kaltes Grauen“ erscheinen die arbeitslosen Doktoren, die verblühte Tänzerin, die plappernde Mondäne, die Reform-Jungfrau, der bissige Sketch „Spionagefilm“. Lotte Goslar tanzt Grotesken, sie wagt viel, aber sie kann. Erika Mann sagt sicher pointiert an. Igor Pahlens „Todeskandidat“, glaube ich, gehört nicht dahin, wo alles andere ins Soziale und Allgemeine spielt. Aber die „Kitschkarte aus Marseille“ gut und schön, und auch das „Kinderlied“ der blonden Sybille Schlob.

Frau und Hochschule

„Die Hochschule gehört den Männern“

In Deutschland schwebt zur Zeit ein Kampf um die Studentin. Ein Herr Schuster schreibt in der neuen Studentenzeitung „Wissen und Dienst“, dem Organ der Fachschaften an den Berliner Hochschulen, den kategorischen Satz: „Die Hochschule gehört den Männern.“ Er führt in dem Aufsatz aus, daß Frauen zur Vorbereitung auf die Berufe, die ihnen wegen ihres pflegerischen und erzieherischen Charakters nicht vorenthalten werden können, höchstens Gastrecht an den Universitäten genießen dürfen. — Nun haben sich zwar verschiedene offizielle Stimmen gegen diese Ausführungen erhoben und sie als durchaus persönliche Äußerungen des Verfassers erklärt, nämlich der Reichsleiter der deutschen Studentenschaft, Dr. Staebel im „Aktivist“, dem Blatt der Berliner Studenten und Arbeiter sowie Dr. von Leers in der „Deutschen Studentenzeitung“. Dieser aber weiß die Forderung nach Gleichberechtigung der Frau nur wieder durch einen Vergleich mit den kriegerischen Germaninnen durchzudrücken.

Das liegt ja nun doch nicht im Sinne heutiger Frauen! Selbst Nationalsozialistinnen werden sich überlegen, ob sie ihre Gleichwertigkeit mit dem Manne ausgerechnet durch Waffentragen, und vorläufig schon mit Wehrsport, beweisen wollen. Es ist darum interessant zu sehen, wie die Frauen selbst sich zu diesen Fragen stellen. Die von Gertrud Bäumer geleitete Zeitschrift „Die Frau“, widmet der Hochschulfrage eines ihrer letzten Hefte. Und es ist erstaunlich, mit welcher ernsten Besorgnis, ja, mit welcher scharfen Ablehnung dieses doch innerhalb Deutschlands erscheinende Blatt die verschiedenen Probleme behandelt. Unter den vielen Arbeiten, die sich vor allem mit der Frage der Auslese für das akademische Studium und mit den sozialen Verpflichtungen der Studentin, sowie mit dem Arbeitsdienst befassen, gehen am weitesten die Ausführungen von Dr. Lenore Kühn, die in einer knappen und temperamentvollen Abhandlung über „Geistige Führung im Frauentum“ die Wurzel alles Übels in der vorwiegend männlichen Führung auch rein weiblicher Bewegungen sieht.

Nachdem sie erörtert hat, daß die lebendigen Eigenkräfte den Frauen nur durch Frauen gezeigt werden können, die geistig bereits zur Klarheit gelangt seien, fährt sie fort: „Schon rüstet man sich, sogar in handgreiflichen, nicht nur im übertragenen Sinne, die Frau wiederum zum schlichten Objekt männlicher „Benutzung“ herabzudrücken, wie z. B. die kaum erst aufgehobene Bordellierung darstellt — eine

Man geht fort, von Heimweh überkommen, angerührt von Erinnerungen. Man hat wohl manches übersehen und alles war auch nicht erstklassig, aber wichtig und richtig ist es doch.

Drei Tage später im „Hirschen“ zu Zürich. Ringelnatz geht vorbei, tiefversunken. Er darf uns nichts erzählen. „Laß man...“ Und trink noch einen. „Und der Wind wehte...“

Der Zug wiegt sich von Luzern um den Rigi herum, läßt tief unten die graublunde Fläche des Sees zurück, haut durch die Tunnel, aufblenden die Schneehäupter, leuchtet das Fichtengrün in der Sonne, Dunkelheit starrt, nun blinkt der Vierwaldstätter See, Glanz von ewigem Eise spiegelnd. Es folgen die Stationen der Erdkundestunde, Axenstrasse entlang. Es geht hinauf, in die abenteuerliche Schlucht der Reuß. Brücken, Tunnel, große Sicht auf himmelhohe Wände, flitzende Schneefelder, sprühende Wasserfälle, entrückte, mit traumhaftem Weiß bekleidete Gipfel. In Airole ist es aus mit der Sicht. Aechzender, schneeschmeckender Raubwind streicht den Tessin herauf. Kaum sind die drei verwitterten Burgen bei Bellinzona, die das Tal beherrschen, in Umrissen zu erkennen. Ueber Locarno verwehend ein fernes blaurotgelbes Farbenspiel. Der See fast erloschen. In Ronco und Mosca erstrahlen schon die Lichter des Abends. Die Hänge sind bestickt mit Funken.

Vor zwölf Jahren war Ascona noch klein. Zahlreiche Ruinen lagen einsam über den Weinbergen. Die Bergpfade waren überwuchert von Farnen und wildem Grün. Jetzt hat das sonnige Nest Karriere gemacht. Im Café Verbano mit seiner reizenden Bedienerin findet man das Romanische von 1924. Nicht so geräumig, nicht so hochtrabend, versteht sich. Bar, Dancing, Betrieb im Tanztheater San Materno... Auch das malerische Ronco ist modern geworden. Aber die Glocken mit ihrem unfrommen geschäftigen Laut sind noch die alten.

Villen und Namen von einstmaligen Mächtigen, heute berühmten zeigt man, nennt man. Auf dem Monte Verita ein zivil mondänes Kurhotel, wo einmal Werner Ackermann toll und waghalsig hauste mit trinkgewaltiger Kumpanei. Er schrieb die Geschichte dieses Berges. Zu sehen ist genug, obschon die Wolken tief hängen, der Regen in Schwaden über den See weht. Zu hören ist genug.

Heute ist in Ascona viele Heimatlosigkeit versammelt. Der von dieser Zeitung, der von jener, der Minister a. D., der Parlamentarier a. D., der Namenlose, Frauen, Kinder, viele mit Zweifeln und Sorge beladen, angemüdet, oftmals an dem Rande, da man meint, nicht weiter zu können. (Gewiß, man kann seinem Herzen nicht weglassen wie man der Gestapo entrann. Dennoch: jede Situation hat ihren Ausweg. Leben heißt unsere erste und letzte Aufgabe.)

Wir hören einen aufwühlenden Augenzeugenbericht aus Wien, wir lesen Briefe, wir sehen Leute gebückt gehen, die wir vor zwölf Monaten noch anders kannten. Aus der Ferienflucht wurde hier ein Asyl für Obdachlose.

Der Regen rauscht. Der Bambus prahlt mit hellem Grün. Die Schiffe fahren ab. In der Osteria schenkt man violetten Nostrano. Eine ganz alte Italienerin betet den verfallenen Kreuzweg entlang. Bilder, Namen, Heimat...

Gefolgschaft

Dein Herz, Prolet, dem Führer der Fabriken, der Aktien hat und Dividenden zieht! Du sollst nicht mehr an Klassenhaß ersticken. Du hast die Ehre — er hat den Profit.

Er kürzt den Lohn. Doch soll dich das nicht stören. Er tut es, um dem Vaterland zu nügen. Du kennst die Butter auf dem Brot nur noch vom Hören; dafür gehörst du zu des Reiches Stügen.

Schnell dir voll Stolz den Gürtel enger, und hab Vertrauen zu der Direktion. Denn sie vertritt den großen Rattenfänger — und was sie dir auch tut, ist Liebe — und nicht Hohn.

Und wenn man alles stiehlt, was du errungen — Steh treu zu deines Chefs gefülltem Wanst. Noch immer hast du deine starken Lungen, womit du Heil und Hurrah schreien kannst.

Mach gute Miene zu dem bösen Spiele, und reich dem Führer des Betriebs die Hand. Du bist Gefolgschaft... Mit dir sind sehr viele. Nur hast du das noch nicht erkannt.

Verhungre still. Doch wenn du einst zu wanken beginnen solltest — an den Kopf dir faßt — Dann wisse, wem du es zu danken und wem du's heimzuzahlen hast!

Das Geheimnis der Urne

h. b. Die „Braunschweigische Landeszeitung“ meldet in Nr. 55: „Eine germanische Grabstätte vor den Toren Berlins entdeckten Hitler-Jungen, die auf dem Gelände am Bahnhof Dalbow-Döberitz übten. Sie stießen beim Buddeln auf mehrere Urnen, die sie sofort ihren Lehrern übergaben. Weitere Nachforschungen lieferten wichtige Aufschlüsse über die germanische Bestattungsweise der mittleren Bronzezeit. Das Urnenfeld von Dalbow stammt aus den Jahren von etwa 1400 bis 1100 v. Chr., einer Zeitepoche, in der Berlin als Grenzgebiet galt gegen das Donauvolk der Illyrer, die die Träger der sogenannten Lausitzer Kultur darstellten.“

Die Hitler-Jungen sind doch Teufelskerle. Gehen einfach los und leisten so nebenher im Handumdrehen der modernen Wissenschaft unschätzbare, sich selbst aber Bären Dienste. Denn bei der Gelegenheit ist wieder einmal bekannt geworden, daß diese Hitler-Jungen auf den Truppenübungsplätzen mit militärischen Übungen beschäftigt werden.

Hektor strebt zur Front

In „Wild und Hund“ Nr. 9 vom 2. März liest man einen Artikel, der die pompöse Überschrift trägt: „Deutsch-Langhaar strebt zur Front!“

Wer ist dieses martialische „Deutsch-Langhaar“ und an welchen nordischen Kriegsschauplatz „strebt“ es gegen den jeweiligen Erbfeind zur Front? Diese Langhaarigen sind kein neuerwachtener Kannibalenstamm aus dem Geschlecht der Hitler und Göbbels, sondern nur eine Hunderasse. Heißt nicht die Schlussfolgerung: sogar die Hunde drängen in Deutschland zum Krieg?

Der Dreiviertel-Arier

In der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ ist in der Nr. 7 vom 2. März das folgende Inserat zu lesen:

„Junger Chirurg, zweiundeinhalbjähriger Ausbildung, Ia Zeugnisse, auch selbständige Arbeiten gewohnt, dreiviertel Arier, sucht Stellung an Privatkrankenhaus bei bescheidenen Ansprüchen.“

Der junge Chirurg, der nicht sein Wissen und seine Ausbildung, sondern seine nordische Rassenmehrheit in den Mittelpunkt seines Angebots stellen muß, ist ein Charakteristikum der allgemeinen Barbarisierung des verhitlerten Deutschland.

Musik um Abendroth

Ein Studentenstreik mit Prügel

Der Leiter der Kölner Musikhochschule, Prof. Abendroth, sollte auf Anweisung der NSDAP, seines Postens entoben werden. Daraufhin traten die Studenten der Musikhochschule in den Streik. Auch die Professoren und Dozenten hatten eine Versammlung angesetzt, um gegen die geplante Absetzung zu protestieren. Bei dieser Versammlung wurden zwei Professoren von SA-Leuten, die zur Überwachung entsandt worden waren, verprügelt. Die Nazistudenten haben bei der Geheimen Staatspolizei die Verhaftung der Rädelführer beantragt.

Zeit-Notizen

Hitler-Jugend stiehlt Eisler-Melodie

Die Hitler-Jugend hat neuerdings das kommunistische Lied „Roter Wedding“, dessen Melodie von Hans Eisler stammt, mit geändertem Text in ihr Repertoire aufgenommen. „Brauner Wedding marschiert“ heißt es jetzt, und statt des Refrains „Rot Front, Rot Front!“ wird „HJ, HJ.“ gesungen.

Einstein in Stambul

Professor Albert Einstein wird demnächst in Stambul erwartet, um eine Reihe von Vorträgen an der Universität zu halten.

Künstlerkammer in Oesterreich

Als eine der Vorarbeiten für die ständische Neuordnung der Verfassung ist bisher der Entwurf der Künstlerkammer fertiggestellt. Vorgesehen sind zwei Kammern, eine für die bildenden Künstler, die andere für Schriftsteller und Musiker. Die Künstlerkammer ist eine Zwangsorganisation. Ihre Aufgaben sind wirtschaftlicher Natur. Die Künstlerorganisationen werden nun Stellung nehmen.

Der Mund des Heilands

In Thüringen existiert eine „Kirchenbewegung der Deutschen Christen“. Ihr Führer Leutheuser sagte nach der „Fränkischen Wacht“ vom 8. Februar:

„Adolf Hitler ist der Mund eines Heilandes, der im deutschen Volke Fleisch und Blut werden will und geworden ist. Innerhalb der NSDAP ist die Gestaltung einer neuen Kirche. Im NS ist bereits der neue Christusleib... In die alte evangelische Kirche gehen wir nicht mehr zurück... Hitler hat uns Christus gebracht... Wir müssen wissen, daß die eigentliche Kirche im NS angebrochen ist.“

Nationalismus

Unpolitisch politische Betrachtung einer Schweizerin

Seit dem Kriege haben alle Völker mehr oder weniger unter drei Dingen zu leiden, die für die Allgemeinheit früher kaum vorstellbare Begriffe waren: Autarkie, Arbeitslosigkeit, Nationalsozialismus. Besonders letzterer beherrscht nicht nur Deutschland, sondern spukt selbst in Staaten, die, wie USA und die Schweiz, sich auf ihre demokratische Freiheit etwas zu gute taten. Man darf natürlich Nationalsozialismus nicht mit Nationalgefühl bzw. Stolz auf die eigene Nation verwechseln. Im Gegenteil, das alte englische Wort „right or wrong, my country“ ist ein Standpunkt, den man absolut verstehen kann. Ja, der Mangel an nationalem Stolz hat nicht wenig dazu beigetragen, daß Deutschland z. B. eine Deute gewissenloser Abenteurer wurde, deren einziges Können darin besteht, aus dem Minderwertigkeitsgefühl der Massen ein geradezu masochistisches Bedürfnis nach Unterwerfung aufzuwecken. Zwischen diesen zwei Extremen gibt es einen goldenen Mittelweg, den z. B. die Schweizer ohne Schwierigkeiten stets eingehalten haben. Nicht vergeblich hieß Schweizer sein, die Personifikation von Stolz, aufricht, zuverlässig, treu (auch im Sinne von unbeflügelbar) sein. Im Kleinen und im Großen; im politischen wie im gesellschaftlichen, im wirtschaftlichen wie im privaten Leben war die Zugehörigkeit zur Schweizer Nation ein Empfehlungsbrief, dessen Einfluß sich kaum jemand in der Welt entzog.

Das war vor dem Kriege so; das galt während des Krieges. Aber ist es heute noch so? Schon der Zweifel ist eigentlich eine Verneinung. Denn Zweifel entstehen nie ohne Gründe und Ereignisse, die schwer ins Gewicht fallen.

Diese Dinge hier ein wenig zu erörtern sei mir gestattet, obgleich ich kein Politiker und am allerwenigsten ein Nationalsozialist bin. Im Gegenteil resultieren meine Zweifel gerade aus den wichtigsten Gründen, die m. E. zu dem Aufblühen der nationalsozialistischen Strömungen auch in der Schweiz geführt haben. Es ist entbehrlich zu untersuchen, welches Maß und welche ziffernmäßige Entwicklung der Nationalsozialismus in der Schweiz bereits erreicht hat. Daß er da ist, unweiglichbar da, in Form von den verschiedensten politischen Organisationen, ist Beweis genug, daß der großzügige Nationalstolz des Schweizer zugunsten eines kleinlichen, profitierischen Nationalismus abzubrücheln begonnen hat. Denn Nationalismus heißt nichts anderes als E i g e n s c h a f t i m P o l i t i s c h e überseht. Nationalistisch fühlen heißt eine chinesische Mauer um sich aufrichten, die jeden fremden Einfluß, jedes selbstlose Interesse, jeden freien Blick und somit jede Entwicklung verunmöglicht. Mit dem „right or wrong, my country“ des Engländer hat der Nationalsozialismus so wenig zu tun wie Stolz mit Dünkel, oder Religion mit Kirchenlaufen. Nationalsozialismus ist nichts anderes als ängstliches Hüten von nationalen Kulturgütern, ähnlich dem Geizhals, der seine Wertpapiere im Strohsack verwahrt, um eines Tages zu erleben, daß die Ratten seine Schätze zerfressen haben.

Aus diesem Geizmotto wird der Nationalsozialismus geboren. Nur hübsch alles für sich, für die eigene Nation! Nur keine fremdstämmige Konkurrenz! Nur keine fremden oder weitläufigere Einflüsse als was dem Augenblicksinteresse des eigenen Volkes dient! Deshalb ist der Internationalismus so verhaßt. Die Diktaturlisten sind Zeichen der Schwäche, wie die Arroganz eines Menschen die Reaktion ist auf seine Minderwertigkeitsgefühle. Kein Wunder daher, daß bei der heutigen Wirtschaftskrise der Nationalismus unerhörte Blüten treiben kann.

Aber geht man den Dingen auf den Grund, so wurzelt der Nationalismus nicht allein in der derzeitigen wirtschaftlichen Misere. Seine Keime stecken tiefer, weit tiefer und sind deshalb so gefährlich. Sie wurzeln in einem

übersteigerten und überspitzten und daher falsch angeordneten Sozialismus! Das klingt paradox und ist es doch nicht. Denn — eins der wichtigsten Prinzipien des Sozialismus ist der Schutz der Arbeit. Im Gegensatz zum mühseligen Zinsverdienst ist es der Arbeitsverdienst, die Erziehung der Erwerbstätigen, der alle Aufmerksamkeit geschenkt wird. Das hat zu Arbeitsschutzbestimmungen geführt, die in allen Ländern von den sozialdemokratischen Gewerkschaften, wenn nicht angeregt, so unterstützt werden. In der Schweiz zumal wird das Recht auf Arbeit mit ganz besonderer Sorgfalt gehütet. Wie schwer es ist, die Arbeitserlaubnis in der Fremde zu erlangen, ist weltbekannt. Aber wie jedes Ding seine zwei Seiten hat, so bringt auch dieser Arbeitsschutz die widernatürlichsten Zustände mit sich.

Um bei der Schweiz zu bleiben: Die logische Folge dieser Erschwerung der Existenz durch Arbeit in der Schweiz ist das Trachten des Fremden nach Schweizer Staatsangehörigkeit. Hat der Fremde ein paar tausend Franken, so ist es ihm ein Leichtes, sein Geld in das Bürgerrecht irgend eines Schweizer Kantons zu verwandeln. Nicht selten hat sich diese Form der Kapitalanlage, namentlich in Zürich mit seiner hochentwickelten Fürsorge für bedürftige Bürger, auf Lebensdauer und für die ganze Familie des Eingekauften bezahlt gemacht. Vor allem aber rentiert sie sich durch das nun freizügige Erwerbsrecht. Russen, Polen und andere Fremdlinge, die kaum ein anderes Idiom als das ihrer Heimat zu sprechen vermögen, drängen sich auf diese Art, zum Nachteil des gebürtigen Schweizer, in den Schweizer Arbeitsmarkt hinein. Die sich hieraus ergebenden Mißverhältnisse liegen auf der Hand. Um ein Beispiel zu nennen: Bei Tausenden von arbeitslosen Kaufleuten, Architekten, Ingenieuren usw. vergibt die Ausstellungsleitung einer demnächst in Zürich stattfindenden wissenschaftlichen Ausstellung die Propaganda an einen eingekauften Russen, der so wenig deutsch kann, daß er seine Aufsätze und Werbebriefe von jemandem verfassen lassen muß. Ähnliche Fälle wären unzählige zu nennen. Ist es da ein Wunder, wenn eine nationalsozialistische Strömung immer neuen Zuwachs erhält?

Denn noch hat der Schweizer seinen Stolz und sein Bedürfnis nach Gerechtigkeit. Er folgert sehr richtig, warum ist für den Bemittelten recht, was für den Unbemittelten nicht billig ist? Nicht nur, daß er sich wehrt, daß sein Volkstum durch ein paar tausend Franken erkauft werden kann. Er wehrt sich auch gegen den Spekulationsgeist, der sich darin äußert und vor allem dagegen, daß die Gesetze nur da sind, um den Unbemittelten auszuschließen. Gerade beim Arbeiter ist das Solidaritätsgefühl so stark entwickelt, daß der Arbeitskollege ihm näher steht, als der Volksgenosse, der seiner Klasse fremd ist. Wie werde ich veressen, wie vor ca. zwei Jahren streikende Parkettleger einen deutschen Maurer, der, auf dem gleichen Bau wie streikbrechende Parkettleger arbeitend, von den Streikposten ausgehört werden sollte, mit den Worten „Naht ihn, er darf nicht reden, er ist ein Deutscher und riskiert seinen Arbeitsplatz, wenn er Euch Auskunft gibt“ in Schutz genommen wurde. Das ist ein Beweis von Takt und Solidarität, an dem sich mancher Gebildete ein Beispiel nehmen kann. Ebenso empört sich der Arbeiter, wenn, wie z. B. diesen Winter, der langjährige Arbeitskollege von der sozialen Winterhilfe ausgeschlossen wird, bloß weil er Deutscher ist. Noch unverständlicher ist dem gesunden Instinkt des Arbeiters, wenn der Sohn einer rückgebürgerten Schweizerin seine Mutter nicht ernähren kann, weil er, obgleich er nur durch den Krieg aus der Wahlheimat seines Vaters, der Schweiz, abgerufen worden war, nun als Angehöriger einer fremden Nation, nicht erwerben darf, während andererseits der

demittelte ausländische Unternehmer ohne wesentliche Schwierigkeiten in den Konkurrenzkampf mit dem Schweizer Unternehmer eintreten kann.

Aus solchen Gegensätzen ist es nicht schwer, Argumente für einen Nationalsozialismus herzuleiten, der den kleinen Mann blenden muß. Schlimmer aber ist, daß sich daraus eine Korruption der Gesinnung entwickelt, die das Ansehen des Schweizer untergräbt und die sich namentlich darin äußert, daß es in gewissen Kreisen üblich geworden ist, bei Meinungsverschiedenheiten oder gar Streitigkeiten mit einem Ausländer letzteren mit Denunziation bei der Fremdenpolizei zu bedrohen oder zu belästigen.

Zur ferneren Illustrierung, wohin diese Mißstände führen, sei folgender Fall erzählt:

Einer gebürtigen Schweizerin, durch Ehe formal deutsche Staatsangehörige, wurde, nach dem Buchstaben des Gesetzes gleich jeder Ausländerin, jeder Arbeitsverdienst erschwert. Nachdem sie aus ihrem Vermögen, Vater, Bruder und Sohn, alle drei Schweizer Bürger, längere Zeit ernährt hatte, geriet sie selbst in Not. Bei ihrem Versuch, ihren Bruder, der inzwischen in sehr guten Verhältnissen lebt, zur Rückzahlung des ihm gewährten Darlehens zu bewegen, drohte und unternahm es der Anwalt dieses Schweizer „Patrioten“, die Fremdenpolizei zur Ausweisungserwägung der Schwester seines Klienten zu bewegen, weil sie, als Verarmte, zu den „unerwünschten Ausländern“ gehöre. Der Erfolg war eine Verfügung der Fremdenpolizei, monach der „Ausländerin“, aus vorförmlich armenpolizeilichen Gründen“ die Ausweisung aus der Schweiz angeordnet wird. Keine Nacht der Welt kann dieser Frau den einzigen Schutz gegen solche Gesinnungskorruption eines zahlungsunwilligen Schuldners — ihr Bürgerrecht — gegeben, denn es fehlt ihr das Geld, das juristisch, was ihr von Geburt zufließt. Selbst ihre gesetzlichen Ansprüche geltend zu machen, ist ihr damit verunmöglicht. Der ergangenen behördlichen Verfügung wäre es unzulässig, ihre Bedürftigkeit zu betonen. Der Verlust ihres Aufenthaltsrechtes in ihrer Geburtsheimat wäre der einzig sichere Erfolg.

Solange die Sozialdemokratie nicht willens und in der Lage ist, solchen und ähnlichen Mißständen entgegenzutreten und dieser Versteifung auf den Buchstaben des Gesetzes Herr zu werden, solange wird sie ungewollt ihren ärgsten Feind, den Nationalsozialismus, zucht u helfen. Es wird ihr gehen wie der deutschen Sozialdemokratie, jene Deute, die an Stelle von Nationalgefühl, das in der Tradition und nicht einem zufällig gehauenen oder verlorenen Bürgerbrief liegt, Nationalismus setzen, werden sie und die Schweizer Demokratie eines Tages über den Haufen werfen. —

Saba.

Jüdischer Sport verboten!

In Bayern

Der Vereinigte Jüdische Sportverband Bayerns, der nach der behördlichen Auflösung des Makkabi und der Sportsektion des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten in Bayern gebildet wurde, wobei die behördliche Erlaubnis erst nach großen Schwierigkeiten erlangt werden konnte, ist jetzt, noch bevor er recht in Tätigkeit treten konnte, von der Regierung aufgelöst worden. Der nunmehr aufgelöste Verband stand unter dem Protektorat des Verbandes jüdischer Gemeinden Bayerns. Bedingungen für seine Erziehung waren u. a.: 1. Die Beamten werden durch den Reichsausschuss für Frontsoldaten ernannt und müssen Frontsoldaten gewesen sein; 2. Sie müssen sich an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat beim Sportkommissar zum Bericht melden; 3. Der Verband darf Mitglied der aufgelösten Verbände des Makkabi und des MIZ einseeln, aber nicht als Oberverwalter aufnehmen.

Als Grund für die Auflösung des Vereinigten Jüdischen Sportverbandes wird angegeben, daß andere Verbände ihn zur Fortsetzung ihrer eigenen verbotenen Tätigkeit benutzten.

Abonniert die „Deutsche Freiheit“

Die Rache der zehn Masken

Anna Gerande ist eine blutjunge und ungewöhnlich hübsche Verkäuferin, die aus der portugiesischen Stadt Santarem stammt und vor einigen Monaten nach Valencia übergesiedelt war. Sie hatte hier bei einem spanischen Kaufmann Stellung gefunden und zog es vor, sich allein durchs Leben zu schlagen, als einen der reichlichen Bewerber zu heiraten, die sich in Santarem um sie bemühten.

In Valencia betrat eines Tages ein englischer Kapitän namens Storfield den Laden, in dem Anna Gerande tätig war. Die schöne Verkäuferin liebte und sich in sie verliebte, war für ihn eine. Er ruhte nicht eher, als bis er ihr Jawort bekommen hatte. Storfield reiste nach Portugal, stellte sich dort den Eltern seiner Braut vor und erklärte, daß er sie sofort heiraten würde, wenn der Scheidungsprozeß zwischen ihm und seiner Frau beendet sei. Inzwischen stellte er dem Mädchen und den künftigen Schwiegereltern entsprechende Geldmittel zur Verfügung, die ihnen ein sorgenfreies Auskommen ermöglichen sollten.

Anna kehrte nun auch nach Santarem zurück. Aber Reiz und Risikant ließen sie nicht zur Ruhe kommen. Die abgewiesenen Freier sprengten über sie die häßlichsten Gerüchte aus, neidische Freundinnen verpöbelten sie oder zogen sich von ihr zurück. Nur wenige ihrer früheren Bekannten blieben ihr weiter freundlich gesinnt, und von diesen ließ sich Anna auch überreden, an einem Faschingsball teilzunehmen.

Zehn Masken auf dem Fest

Kapitän Storfield wollte zu dieser Zeit nicht in Santarem. Um so größer war die Betroffenheit des Mädchens, als es unter den Tanzenden plötzlich einen Mann in englischer Seemannsuniform und in der kostümierten Maske des Kapitäns Storfield erblickte. Das Mädchen begriff sofort, daß ihre enttäuschten Freier sie auf diese Weise verhöhnen wollten. Wenige Minuten später erblickte sie eine zweite, ähnliche Maske. Dann eine dritte. Nach einer halben Stunde waren zehn Kapitän Storfields im Saal anwesend. Schlag 12 Uhr umtanzten sie die empörte Braut und führten unter allgemeinem Gelächter der Teilnehmer, um sie einen Tanz auf, bei dem sie durch Nadebrechen und Körperverletzungen den englischen Kapitän verpöbelten.

Der echte Storfield

Gegen 1 Uhr nachts erschien ein elfter „Kapitän Storfield“

auf dem Fest. Seine Gesichtsmaske war allerdings keine Parikatur mehr, sondern zeigte das vollkommen gleiche Aussehen wie das Antlitz des echten Kapitäns. Mit hastigen, energischen Bewegungen bahnte er sich den Weg zwischen den Tanzpaaren hindurch und bat die schöne Anna um einen Tanz. Erst jetzt bemerkte das Mädchen, daß ihr Bräutigam unerwartet auf dem Fest erschienen war. Sie erzählte ihm sofort von dem toben Scherz, den sich die „Kapitäne“ von Santarem mit ihr erlaubt hatten. Storfield, der von seiner Fahrt etwas früher zurückgekehrt war, als er vorgesehen hatte, war von den Eltern davon unterrichtet worden, daß Anna auf den Ball gegangen sei. Als er nun seine „Ebenbilder“ bemerkte, wurde er bleich vor Zorn. Er trat auf den ersten der falschen Storfields zu, riß ihm die Maske vom Gesicht und verfecht ihm eine schallende Ohrfeige. Sofort verhammt die Musik, und die anderen „Storfields“ eilten ihrem Kollegen zu Hilfe. Der Engländer zog seinen Revolver und drohte, jeden von ihnen zu erschließen, der sich nicht schleunigst aus dem Felde machen würde. Er begann zu zählen — und bei drei waren alle zehn Storfields aus dem Saal verschwunden.

Der Tod des Kapitäns ...

Die Stimmung unter den Tanzenden war nach diesem Zwischenfall sehr gereizt. Sie schlug erst um, als der Kapitän laut erklärte, daß er die Anwesenden bitte, bis zum Ende des Festes keine Gäste zu sein und auf die Gesundheit seiner Braut zu trinken. Er ließ die besten Speisen und Weine auftragen; das Fest nahm einen höchst anregenden Verlauf, und seine Teilnehmer fanden, daß der englische Kapitän eigentlich ein ganz „patenter Junge“ sei.

Kurz vor Morgengrauen wurde der Kapitän für einen Augenblick von seinem Tisch weggerufen. Er verließ den Saal und — kam nicht mehr zurück. Einige Stunden später fand man ihn in einer Seitenstraße erschossen auf. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Natürlich tauchte sofort der Verdacht auf, daß die zehn vertriebenen Freier entweder die Täter oder die Anstifter des Mordes sein könnten. Sie wurden alle von der Polizei verhaftet, bestritten aber jeden Zusammenhang mit der Tat. Es ist möglich, daß die blutige Faschingstragödie von Santarem ein ewiges Rätsel bleiben wird ...

Humor des Auslandes



Die Geschichte des Schnellläufers, eine lustige Darstellung der englischen Zeitschrift „The Sketch“.

